

# FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft



## Mit Umlaufsicherung aus der Schuldenkrise

Griechische Tragödie  
Problemfeld Staatsverschuldung  
Staatliches Regiogeld für Schuldenstaaten

# Liebe Leserinnen und Leser,

Subprime-Krise, Bankenkrise, Weltfinanzkrise, Eurokrise, Staatsschuldenkrise ... Mindestens seit vier Jahren geht das so, wir haben uns an diese Nachrichten gewöhnt. »Rettungsmaßnahmen«? »Unausweichliche« gar? Nein, dies sind Scheingefechte, Kämpfe gegen Windmühlen. Das Problem ist systemisch, es bleibt. Es verschärft sich sogar.

Im Kapitalismus haben die Kapitalinteressen Priorität, das zinsbringende Eigentum. Produktion, Konsum, mithin das ganze gesellschaftliche Leben und die Umwelt kommen erst an zweiter Stelle. Alles, was knapp und begehrt ist, hat Kapitalcharakter: Boden, Rohstoffe, Produktionsanlagen, Wasser, Geld ... Solange jemand ohne eigene Leistung aus diesen Gütern »Kapital schlagen« kann, nur weil er ihr Eigentümer ist, solange herrscht Kapitalismus. Mit all den daraus folgenden Krisen.

Das Geld ist unter den Kapitalgütern sogar besonders »eigentlich«. Zunächst wird es von der ausgebenden Notenbank gegen Zinsen verliehen. Die ist also eigentlich Eigentümer und verdient daran. Sofern die Einnahmen dem Staat zufließen, sollte das kein Problem sein. Dann verdient sich aber irgendwer dieses von der Notenbank geliehene Geld, ob zurecht oder nicht, und wird nun zum Eigentümer! Er kann das Geld ausgeben, investieren, verleihen (um so wieder Kapital daraus zu schlagen) – oder er kann es aus dem Verkehr ziehen. Hier hat das System einen Fehler. Geld sollte allen als Zahlungsmittel dienen! Als öffentliche Einrichtung sollte es weder Privatpersonen leistungslos bereichern noch von ihnen okkupiert werden können.

In Griechenland ist viel Geld in schwarzen Kassen gelandet. Seit Jahresanfang dürfen daher Geschäfte über 1.500 € nur per Bank abgewickelt werden, damit dem Staat keine Steuern entgehen. Denn der ist pleite und kann nur noch funktionieren, wenn er Gläubiger findet, die ihm Geld zu trag-

baren Konditionen leihen. Dies wollen die EU-Partner nun tun, zu günstigeren Zinsen als andere Gläubiger auf dem Kapitalmarkt – aber nur, wenn der so erpresste Staat weiterhin Sozialausgaben kürzt und Gemeingüter privatisiert.

Wie soll in einer solchen Situation die Wirtschaft in Schwung kommen? Wir meinen: Durch eine Umlaufsicherung! Dann kann das Geld nicht gehortet werden, und die Zinsen sinken von allein. Für den Euro ist die Umlaufsicherung derzeit noch nicht durchsetzbar. Griechenland könnte aber umlaufgesicherte Parallelwährungen staatlich fördern. Geschäftsleute aus Patras haben mit dem »Ovolo« bereits eine virtuelle Regionalwährung geschaffen und damit neue Liquidität. Inzwischen gibt es die Ovolo auch in Thessaloniki. Noch werden sie nur von einigen Tausend Mitgliedern genutzt. Wenn der griechische Staat die Chance darin erkennt, könnte er parallel zum Euro eine umlaufgesicherte Drachme einführen. Andere Schuldenstaaten sollten folgen.

Don Quijotes Kampf gegen die Windmühlen war symbolhaft für den ausweglosen Kampf gegen den technischen Fortschritt, der im 17. Jahrhundert den Machtverlust der Aristokratie vorantrieb. Heute haben wir die technischen Möglichkeiten, den Geldadel zu entmachten – durch eine Umlaufsicherung, die allen gleichermaßen dient.

Mit herzlichen Grüßen



*Beate Bockting*

## Inhalt

- 3 Klaus Willemsen, Beate Bockting:  
Schweizer Banken führen »Negativzinsen« ein
- 4 Robert Mittelstaedt: Griechische Tragödie
- 8 Eckhard Behrens:  
Staatliches Regiogeld für Schuldenstaaten
- 10 INWO Deutschland
- 12 INWO Schweiz
- 14 Helmut Creutz: Problemfeld Staatsverschuldung
- 18 Fred Schmid: Schulden-Supermacht USA
- 21 Buchvorstellungen
- 22 Termine
- 23 Bestellmöglichkeiten

## Impressum

**FAIRCONOMY** 7. Jahrgang, Nr. 3 Sept. 2011, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

**Redaktion:** B. Bockting (V.i.S.d.P.), H. Barth  
E-Mail: [Redaktion@INWO.de](mailto:Redaktion@INWO.de)

**Abo-E-Mail:** [Versand@INWO.de](mailto:Versand@INWO.de)

**Auflage:** 2.000 Exemplare; davon 550 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

### Bildnachweis

Titelseite: © bastan / fotolia.com, cvp-design; INWO-Materialien: SMARTi-d – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: Baikonur / Wikipedia; 4+7 Karikaturen: Kostas Koufogiorgos [www.koufogiorgos.de](http://www.koufogiorgos.de); 5+6 Grafiken: Helmut Creutz/Robert Mittelstaedt; 8: © Manfred Nuding / PIXELIO.de; 13: Omar De-Giuli © Verein Landsgemeinde Zürich; 14-17 Grafiken: Helmut Creutz; 18: Gerd Altmann / PIXELIO.de; 19: © Alperium / clipdealer.com 20: © Alexander Fiebrandt / Wikipedia; 21: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; 22: © Joss / PIXELIO.de

**Layout:** cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

**Druck:** Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

**Herausgeberin:** INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

**Abo-Kontakt:** Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,  
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,  
E-Mail: [INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de), <http://www.INWO.de>

### Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)  
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.



# Schweizer Banken führen »Negativzinsen« ein

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) unternimmt seit Anfang August so einiges, um den für Tourismus, Einzelhandel und Export geschäftsschädigend teuren Franken zu schwächen. Wie in den USA und der Europäischen Währungsunion wird eine Politik der Geldmengenausweitung bei gleichzeitiger Geldhortung betrieben, um die Wirtschaft in Schwung zu halten. Ein Spiel mit dem Feuer.

**D**ie SNB hat nicht nur den Leitzins auf 0,0% bis 0,25% gesenkt und somit an die USA angeglichen, sondern auch die Geldmenge massiv ausgeweitet. Die Überschussreserven, die die Geschäftsbanken auf Girokonten bei der SNB halten, lagen bereits Ende des Monats bei knapp 200 Mrd. Franken, was einer Aufstockung um 170 Mrd. oder knapp ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Die Geschäftsbanken nehmen das Angebot an, um liquide zu sein, falls sich in der andauernden Krise neue Risiken ergeben. Damit begibt sich die Schweiz jedoch, wie viele andere Staaten derzeit auch, in potentielle Inflationsgefahr, sollte es der SNB nicht gelingen, dieses Geld wieder abzuschöpfen, bevor eine größere Menge davon über Kredite in den Kreislauf der Realwirtschaft fließt.

Am 23. August gab die Schweiz erstmals Staatsanleihen in Höhe von 600 Mio. Franken mit einem Negativzinssatz von einem Prozent (aufs Jahr gerechnet) heraus – zum großen Erstaunen vieler Ökonomen wurden ihr diese quasi aus der Hand gerissen, so dass sie eine Woche später noch einmal 630 Mio. nachlegte. Weil der Staat weniger zurückzahlen muss, als er bekommen hat, verdient er daran insgesamt 4,2 Mio. Für die Anleger geht derzeit offenbar Sicherheit vor Rendite.

Dass die SNB zudem die Geschäftsbanken aufgefordert habe, Gebühren auf Franken-Depots ausländischer Kunden zu erheben (was als »Negativzins« bezeichnet wird), wurde zunächst dementiert. Doch verschiedene Banken in der Schweiz haben bereits begonnen, Negativzinsen einzuführen. »Das heißt, Sie bekommen nicht nur keinen Zins mehr, sondern Sie müssen noch eine zusätzliche Gebühr dafür bezahlen, dass Sie Ihr Geld bei der Bank deponieren«, wird Joachim Klement von der Zürcher Unternehmensberatung Wellershoff und Partners zitiert. Er konnte feststellen, »dass die Zinsen, die man auf dem Sparkonto oder auf Geldmarktanla-



gen bekommt, praktisch Null waren oder sogar genau Null waren.« Laut diesem Bericht von Mathias Zahn [www.tagesschau.de/wirtschaft/negativzinsen100.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/negativzinsen100.html) ist das Verhalten der Anleger völlig irrational.

Schweizer Banken verwalten derzeit weit mehr Geldvermögen, als sie gewinnbringend anlegen können. Konsequenterweise senken sie die Renditen für dieses »Fluchtgeld«. Den Anlegern ist es lieber, einen kalkulierten Verlust von 0,1% und das Wechselkursrisiko hinzunehmen, als ihr Geld im Dollar- oder Euroraum anzulegen, wo sie langfristig einen deutlichen Inflationsverlust erwarten.

Die Praxis in der Schweiz entspricht jedoch in einem wesentlichen Punkt nicht den Therapieansätzen der Fairconomy. Negativzinsen auf Spareinlagen vergrößern die Attraktivität von Liquidität in Form von Giral- und Bargeld. So rät Klement denn auch seinen Kunden »das Geld einerseits auf dem Girokonto liegen zu lassen, wo es immer noch Null erwirtschaftet, oder es sich als Bargeld auszahlen zu lassen und zu Hause in der Matratze oder im Tresor zu lagern«. Ob die Vermögenden tatsächlich vermehrt zum verhängnisvollen Horten übergehen, bleibt abzuwarten. Allerdings ist die Lage

brisant: Einerseits wird die Geldbasis ausgeweitet, andererseits die Vermögenden zum Horten quasi eingeladen. Die Geldmengensteuerung wird immer schwieriger.

Die Schweizer Notenbank muss sich dazu durchringen, das mögliche Ausweichen auf Bar- und Giralgeld durch eine Gebühr zu unterbinden. Damit würde sie diesen Fluchtweg schließen und dafür sorgen, dass Girobestände und Bargeld auf das übliche Maß beschränkt bleiben.

Die amerikanischen Banken haben dieses Problem bereits: Die Kunden fragen keine (mit Risiken behafteten) Investmentprodukte mehr nach und horten ihr Geld auf den (einlagegesicherten) Girokonten. Seit Anfang 2011 ist das bei amerikanischen Banken gelagerte Bargeldvolumen um 83 Prozent auf 1.980 Mrd. Dollar angestiegen. Wie die Financial Times Deutschland am 5. August außerdem berichtete, will die Bank of New York Mellon nun als erste eine Gebühr von mindestens 0,13 Prozent für Bareinlagen verlangen, allerdings vorerst nur von den Kunden mit mehr als 50 Mio. Dollar. 0,13 Prozent – leider wohl zu niedrig, um umlaufsfördernd zu wirken.

Bei einer tatsächlichen Umlaufsicherungsgebühr, wie sie die Fairconomy fordert, würde die überschüssige Liquidität dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung gestellt und somit dauerhaft auf die Einlagenzinssätze drücken. Wirtschaft und Verbrauchern würden optimale Investitionsbedingungen geboten.

**Klaus Willemsen**  
([www.klaus-willemsen.de](http://www.klaus-willemsen.de))  
und **Beate Bockting**

# Griechische Tragödie

Die Ignoranz der etablierten Ökonomie ist die eigentliche Tragödie, unter der die Griechen gerade besonders leiden müssen. Das Scheitern der neoliberalen Helden ist jedoch unausweichlich, da sie in ihrer Selbstherrlichkeit blind für die fehlerhafte Konstruktion des Geldsystems sind. Es spaltete die Welt in Arm und Reich und ließ einen gefährlich aufgeblähten Finanzsektor entstehen.

**D**ie griechische Mythologie erzählt von einer phönizischen Königstochter, die von Zeus in der Verwandlung eines Stiers erst entführt und dann verführt wurde. Ihr Name war Europa. Ein ganzer Kontinent erbte diesen Namen. Doch das ist nur ein Symbol für das reiche Erbe in Kunst, Wissenschaft und Philosophie, das die Kultur dieses Kontinents von der Wiege an geprägt hat. Der Beitrag der hervorragendsten Geister Griechenlands und ihr Einfluss weit darüber hinaus kann nicht überschätzt werden.

Doch heute ist das Land in ernsten Schwierigkeiten. Die Finanzen betreffend. Es taumelt am Rand der Insolvenz entlang und benötigt dringend Hilfe. Die übrige Euro-Zone ist alarmiert, sie sieht die gemeinsame Währung in Gefahr. Das geht sogar so weit, dass Ben Bernanke, Präsident des Federal Reserve Board in den USA, ein düsteres Bild zeichnet: Wenn Griechenlands Problem nicht gelöst wird, könnte dies verheerende Auswirkungen für die Weltwirtschaft insgesamt haben. Der Flügelschlag eines Schmetterlings, der einen Sturm auslöst ... Die griechische Bürokratie mag einigermaßen ineffizient sein und zu einem gewissen Grad korrupt, aber dies ist ein kleinerer Teil des Problems. Die Nachbarn in der Euro-Zone machen sich Sorgen um die Stabilität des Euro. Ihr Dilemma wurde im australischen Fernsehen recht einleuchtend in der Satiresendung von John Clarke und Bryan Dawe dargestellt, die auch auf YouTube zu sehen ist: [www.youtube.com/watch?v=I5QwKEwo4Bc](http://www.youtube.com/watch?v=I5QwKEwo4Bc). Der satirische Dialog ist im Stil einer Quizsendung gestaltet. Der Moderator fragt die Schuldenstände verschiedener europäischer Staaten ab, die der befragte Finanzberater Roger alle wie aus der Pistole geschossen beantwortet. Auf die Frage jedoch, woher ein bankrotttes Land das Geld für die Auszahlung der Bürgschaft für ein anderes bankrotttes Land herbekommt, muss er passen. Als er den Moderator nach der richtigen Antwort fragt, bekommt er sie allerdings auch nicht, selbst auf sehr drängende Nachfrage nicht. Das bedeutet ihm nur, dass er durch unnützes Fragen wertvolle Zeit vergeude. Das Quiz endet mit dem Ergebnis, dass Roger sich

gut geschlagen habe und nur 1 Million verloren hätte. »Was, 1 Million verloren – und das soll gut sein?«, fragt Roger. Der Moderator: »Ja, NUR eine Million, das ist ein hervorragendes Ergebnis!« Obwohl das ein recht erheiternder Dialog ist, könnte einem das Lachen am Ende im Hals stecken bleiben. Die Kernfrage, woher bankrotte Volkswirtschaften das Geld zur Rettung anderer bankrotter Volkswirtschaften bekommen, bleibt unbeantwortet.

## Insolvenzverschleppung der Staaten

Sind denn alle europäischen Staaten bankrott? Wie steht es um Deutschland, das bei den Verhandlungen über die Causa Griechenland mit der zuständigen Trias – EZB, IWF, EU-Kommission – die Führung übernommen hat? Schließlich genießt Deutschland ein glänzendes AAA bei den Rating-Agenturen. Kann ein solcher Staat bankrott genannt werden? Nun, wir müssen dafür zwischen der Realwirtschaft eines Landes einerseits und dem Staat andererseits unterscheiden. Rating-Agenturen bewerten nur Wertpapiere, z.B. Bundesschatzbriefe, die vom Staat herausgegeben werden. Im Fall dieser Bundesschatzbriefe (übrigens eine ziemlich beschönigende Bezeichnung für Papiere, die eigentlich Schuldverschreibungen sind) spielt die Realwirtschaft bei der Bewertung natürlich auch eine Rolle. Zur Zeit

boomt die deutsche Wirtschaft, der Staat erfreut sich hoher Steuereinnahmen und man glaubt, dass er seine Schulden bedienen kann. Dies scheint eine Triple-A-Bewertung zu rechtfertigen.

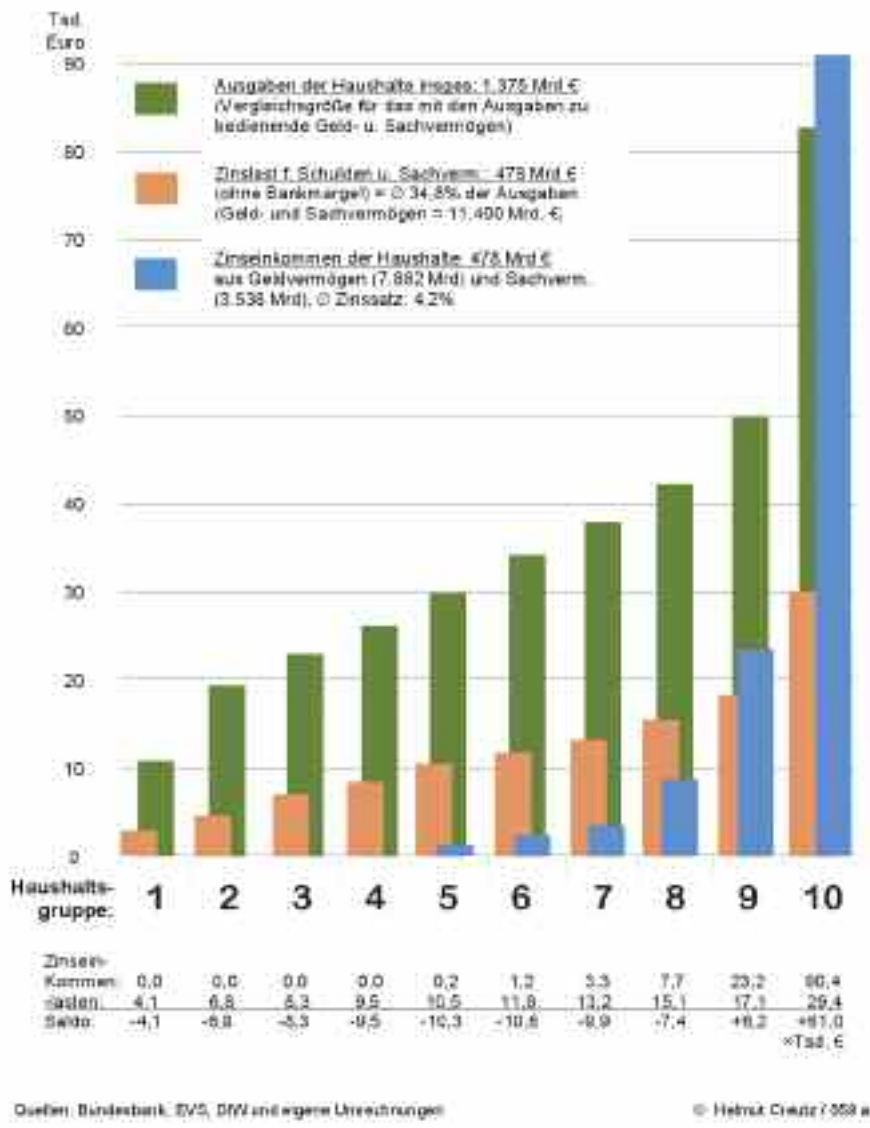
Die Sache sieht schon anders aus, wenn wir den Schuldenstand betrachten. Innerhalb von 60 Jahren hat der deutsche Staat einen Schuldenberg in Höhe von 2 Billionen Euro aufgehäuft. Die Bedienung dieser Schulden, d.h. Zinszahlungen, verschlingt etwa ein Viertel der jährlichen Steuereinnahmen. Es ist der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt, Tendenz steigend.

Vor einigen Monaten – zu der Zeit belief sich die Schuldensumme noch auf 1,8 Billionen Euro – habe ich versucht herauszufinden, wie lange es dauern würde und wie hoch die gesamte Summe wäre, falls der deutsche Staat ernsthaft in Betracht zöge, seine Schulden loszuwerden. Ich wandte die Annuitätsberechnung für eine fixe Monatsrate an. Der monatliche Betrag für die Zinsbedienung beläuft sich bei einer angenommenen Zinsrate von 3% auf 4,5 Mrd. Euro (der aktuelle Zinssatz ist 3,4%). Da dieser Betrag jedoch nur die Zinsen bedient, muss die monatliche Rate höher liegen, um auch den Schuldenstand zu reduzieren, sagen wir, 4,6 Mrd. Euro. Es würde dann 125 Jahre dauern, um die Schulden zu tilgen, und der zurückgezahlte Betrag wäre 3,5mal so hoch wie die Ausgangssumme.



## Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge der Haushalte

bezogen auf 10 Haushaltsgruppen mit je 3,8 Millionen Haushalten  
Größen in Tsd. Euro je Haushalt - Bezugsjahr 2007



Bis heute wurde der Steuerzahler nicht mit den Zinskosten belastet, da der Staat sie durch die jeweilige Neuverschuldung bezahlt hat. Auf diese Weise hat sich der Schuldenberg im Lauf der 60 Jahre angesammelt. Doch bei tatsächlichem Schuldenabbau müssten die Steuerzahler monatlich direkt mit 4,6 Mrd. Euro belastet werden, und zwar zusätzlich zu den normalen Steuern. Leider ist aber meine Rechnung schon überholt, inzwischen beträgt die Zinsbedienung allein bereits 5,7 Mrd. Euro monatlich. Und der Staat nimmt neue Schulden auf, um die Tatsache zu verbergen, dass er längst pleite ist, und macht dem Steuerzahler vor, dass alles in Ordnung sei.

Überschuldung ist ein weltweites Phänomen, praktisch alle Staaten ächzen unter diesem Dilemma. Und obwohl die Regierungen wissen, dass das Problem gelöst werden muss,

hat keine einen soliden Plan, wie sie die Schulden loswird, geschweige, dass sie etwas Wirksames dafür unternimmt. Finanzminister Wolfgang Schäuble versucht nun, private Gläubiger beim Basteln eines »Rettungsschirms« für Griechenland einzubinden. Auf den ersten Blick eine gute Idee, wenn Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Immerhin haben einige von ihnen gute Gewinne auf Kosten des griechischen Staats gemacht.

Die Schwierigkeit liegt darin, dass sie nicht gezwungen werden können, einen Teil ihrer Gewinne zurückzugeben, es gibt kein Gesetz für eine solche Handhabe. Sie können nur auf freiwilliger Basis gebeten werden. Also, wer sollte welche Gläubiger fragen? Privatbanken mögen unter den Gewinnern sein, aber ihre Hauptaufgabe liegt in der Verwaltung der Anlagen ihrer Kunden und in ihrer

Vermittlerrolle zwischen Gläubigern und Schuldern. Sie sind ihren Kunden und besonders den Gläubigern gegenüber verpflichtet. Sie kennen allerdings die großen Gewinner und könnten bei ihnen anfragen.

### Wer sind die großen Gewinner?

Im Gegensatz zu einem weit verbreiteten Missverständnis müssen wir uns zunächst mit der Tatsache vertraut machen, dass wir alle als Konsumenten Zinsen bezahlen, auch wenn wir gar keinen Kredit aufgenommen haben. Kredite sind ein wichtiges Mittel für Investitionen und zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe. Der Staat ist nicht der einzige Schuldner in der Wirtschaft, aber der größte und der einzige, der die Zinsen durch Neuaufnahme von Krediten bedient und seine Schulden nie zurückbezahlt. Private Unternehmer zahlen ihre Kredit-schulden zurück und kalkulieren alle dadurch entstehenden Kosten in die Preise ihrer Produkte ein, einschließlich fälliger Zinsen. Daher enthalten alle Konsumentenpreise einen Zinsanteil, der in einer breiten Spanne von 10 bis 70 Prozent liegen kann, je nach der Höhe des für die Produktion eingesetzten Geldkapitals. Im Durchschnitt beträgt der Zinsanteil in den heutigen Konsumentenpreisen mindestens 35 Prozent.

In der nebenstehenden Grafik, die dem Buch »Das Geldsyndrom« von Helmut Creutz entnommen ist, sind die Marktteilnehmer in zehn Einkommensgruppen unterteilt mit dem Gesamtbetrag, den sie im Lauf eines Jahres für den Konsum aufwenden (grüne Balken). Die orangenen Säulen zeigen die versteckten Zinsaufwendungen in den Konsumentenpreisen und die blauen die durchschnittlichen Zinseinnahmen, über die die jeweilige Gruppe aus dem Eigentum eines zinstragenden Vermögens verfügt.

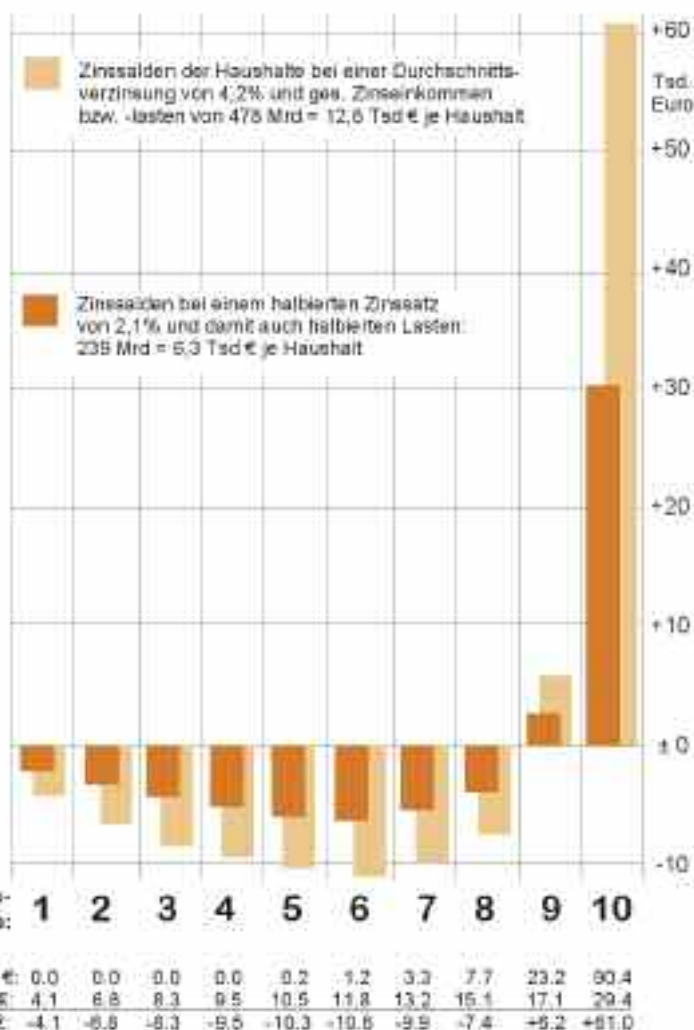
Die Grafik auf Seite 7 zeigt die Zinssaldi aus der vorangegangenen Grafik in der jeweiligen Gruppe bei Zinseinnahmeraten von 2,1% (dunkelorange) und 4,2% (hellorange). Der Durchschnitt dürfte für die meisten Fälle zwischen diesen beiden Werten liegen. Der Zinssaldo in Gruppe 9 liegt leicht über Null. Die Mitglieder dieser Gruppe verfügen über ein zinstragendes Vermögen im Wert von mindestens 450.000 €, das so viele Zinseinnahmen bringt, wie sie in den jährlichen Konsumausgaben von 50.000 € für Zinsen bezahlen. Alle darunter liegenden Gruppen verfügen über keine Einnahmen aus Vermögen oder nur in einer Höhe, die die Zinsausgaben nicht kompensieren kann. Ihr Saldo ist daher negativ. Nur Gruppe 10 hat einen positiven Saldo und gewinnt das hinzu, was die Mehrheit der Marktteilnehmer (Gruppen 1 - 8) in diesem Spiel verliert.

Wir können daher sagen, dass es vor allem die Gläubiger in Gruppe 10 sind, die um einen Beitrag für den Rettungsschirm gebe-



## Zinslasten und Zinserträge – Salden der Haushalte

Bezogen auf 10 Haushaltsgruppen mit je 3,8 Millionen Haushalten  
Größen in 1000 € je Haushalt, Bezugsjahr 2007



Quelle: Bundesbank u.a. - Umrechnung nach EVS 1998

© Helmut Gritz / F&G

ten werden könnten, denn sie sind die großen Gewinner im System. Der Zinsanteil in den Preisen repräsentiert keinen Mehrwert wie die Arbeitskosten, die auf jeder Stufe eines Produktionsprozesses hinzuaddiert werden. Stattdessen ist das Zinseszins-System der grundlegende Mechanismus zur Umverteilung geschaffener Werte von Arm nach Reich. Mathematisch beruht der Zinseszins auf einer Exponentialfunktion, die unausweichlich zum Crash des Finanzsystems führen muss. Nichts kann diesen Zusammenbruch verhindern. Alle Maßnahmen, die in der gegenwärtigen Finanzkrise ergriffen wurden und noch ergriffen werden, dienen nur dem verzweifelt Versuch, das bestehende System aufrechtzuerhalten.

Es geht nicht darum, die Bereitschaft verantwortlicher Politiker anzuzweifeln, ihre größten Anstrengungen zur Lösung des griechi-

schen Dilemmas zu unternehmen. Sie versuchen es jedoch unter den Voraussetzungen des etablierten ökonomischen Denkens. Und das ist die eigentliche Tragödie. Denn das etablierte ökonomische Denken beruht auf Ignoranz. Die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler ist in einer veralteten Sicht von der Funktionsweise der Wirtschaft konditioniert und kultiviert eine Blindheit für den grundlegenden Fehler im System.

Doch immerhin hat selbst Josef Ackermann, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, in einem Interview der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ, 30.06.2009) eine Aussage gemacht, die einen Hinweis enthält, wie ein besseres System gefunden werden könnte:

**Ackermann:** Die herkömmlichen Theorien basieren weitgehend auf einem statischen Gleichgewichtsmodell, in dem alle Transak-

tionen gleichzeitig stattfinden – die Zeit also keine Rolle spielt. Geld liegt dort nur wie ein Schleier über dem realen Wirtschaftsgeschehen, beeinflusst es aber nicht wesentlich. Ähnliches gilt auch für spätere portfoliotheoretische und monetaristische Ansätze ...

**FAZ:** Diese Theorien machen sozusagen die Wette ohne die Zeit.

**Ackermann:** Wenn man die zeitlichen Prozesse berücksichtigt – etwa dass man Geld erst ausgeben kann, wenn man es verdient hat –, kommt man zu anderen Schlussfolgerungen. Dann spielen Geld und Geldschöpfung eine zentrale Rolle. In den herkömmlichen Modellen ist dies bis heute unterbelichtet. Nicht zuletzt die aktuelle Finanzkrise hat gezeigt, dass die Auswirkungen der Geldsphäre auf die reale Wirtschaft noch zu wenig erforscht sind.

## Woher kommt das Geld?

Der frühere Finanzminister Hans Eichel ist einmal von einem Schüler gefragt worden: »Wie kommt das Geld in die Welt?« Er soll kurz und bündig geantwortet haben: »Wir leihen das Geld von uns selber und zahlen es an uns selber zurück.« Die eigentliche Frage beantwortete er damit allerdings nicht, denn derjenige, von dem ich Geld leihen möchte, sollte es bereits haben, anderenfalls wäre es nutzlos, ihn um Geld zu bitten. Also, woher kommt das Geld wirklich?

Die etablierte Vorstellung geht von der Annahme aus, dass die Marktteilnehmer einer Volkswirtschaft die Fähigkeit besitzen, mithilfe ihres Arbeitseinsatzes Werte aus dem Nichts zu schaffen. So weit, so gut. Dies wird als der Schatz des Staates betrachtet. Um diesen Schatz zu heben, gibt der Staat »Bundesschatzbriefe« heraus, worauf die Zentralbank Geld emittiert, das den Wirtschaftsprozess anleiert und aufrechterhält. Die Schatzbriefe des Staates sind jedoch nur durch ein Versprechen von Leistungen in der Zukunft »gedeckt«. Während nun die Marktteilnehmer unaufhörlich Werte schaffen und den Wirtschaftsprozess aufrechterhalten, fährt der Staat (d.h. die Vertretung des Staates) fort, Versprechen um Versprechen zu machen und versäumt es, seine Versprechen auch einzulösen, bis er schließlich seine Glaubwürdigkeit verliert und bankrott geht.

Dies ist nun in Griechenland geschehen. In dieser Hinsicht könnte das Schicksal von Griechenlands Wirtschaft als Omen gedeutet werden, dem früher oder später alle Volkswirtschaften, die auf der etablierten Vorstellung von Geld beruhen, folgen werden, d.h. praktisch alle Staaten der Welt werden in diese Falle gehen. Ben Bernanke könnte Recht haben. Aber Griechenland ist nicht Verursacher dieses Desasters. Vielmehr hat sich im Lauf der letzten Jahrzehnte durch den inherenten Systemfehler eine ungeheure Spannung aufgebaut, wie es sie niemals zuvor in der Ge-

schichte weltweit gegeben hat – und es braucht nur den Flügelschlag eines Schmetterlings, um den Zusammenbruch auszulösen.

Betrachten wir nun den Alternativvorschlag von Josef Ackermann etwas näher: »dass man Geld erst ausgeben kann, wenn man es verdient hat«. Dies befindet sich in völliger Übereinstimmung mit der Alltagserfahrung der Mehrheit der Marktteilnehmer, die Geld als Vergütung für geleistete Arbeit akzeptieren und sie damit berechtigt, eine gleichwertige Leistung, die auf dem Markt angeboten wird, einzukaufen. Diese Modellvorstellung bedarf keiner Versprechen für die Zukunft, sie hat nichts mit Kredit oder Schuldverschreibungen zu tun, sondern anerkennt und dokumentiert, was tatsächlich vorhanden ist, hier und jetzt. Eichels Antwort würde sich dann auch ganz anders anhören: »Wir anerkennen unsere gegenseitigen Leistungen, dokumentieren sie mit dem nützlichen Medium Geld und tauschen unsere Güter und Leistungen damit aus.« Dies verknüpft das Geld mit tatsächlichen Abläufen, während Eichels ursprüngliche Antwort einen Zirkelschluss enthält, der jede Verbindung zur Realwirtschaft ignoriert. Im Gegensatz zur üblichen Praxis wäre das Geld nicht mehr durch Schulden »gedeckt«, sondern durch tatsächlich vorhandene Güter und Dienstleistungen.

### Nachhaltigkeit in der Finanzsphäre

Ackermanns Reklamation, dass die Auswirkungen der Finanzsphäre auf die Realwirtschaft zu wenig erforscht worden seien, betrifft das Kredit- und Zinswesen. Wenn sich die Wirtschaft in einer Boom-Situation befindet, sind die Banken gerne bereit, Firmen und Konsumenten großzügig Kredite zu gewähren, weil sie dann mit pünktlicher Rückzahlung und Zinsbedienung rechnen können,

### »Gründliche Untersuchungen über die Auswirkungen der Finanzsphäre auf die Realwirtschaft sind seit langem überfällig und dringlicher denn je.«

obwohl der Bedarf an Krediten in solch einer Situation geringer ist. Aber die Gewährung von Krediten und das Engagement in Investitionen ist schließlich ihr Hauptgeschäft und natürlich möchten sie an der Situation teilhaben. In Rezessionen jedoch werden sie eher knauserig und achten besonders auf die Bonität eines Kreditnehmers. Die Banken verhalten sich pro-zyklisch, d.h. sie verstärken die jeweilige Tendenz, indem sie in Boomphasen leichter Kredite vergeben, in Rezessionen jedoch eher Zurückhaltung üben. Es fällt ihnen in dieser Situation schwer, Kreditnehmer mit guter Bonität zu finden. Solches Verhalten ist einer nachhaltigen Wirtschaft nicht dienlich und hat viel mit dem Zinssystem und auch mit der Staatsverschuldung zu tun.

Zinsforderungen bestehen unabhängig von der wirtschaftlichen Situation, sie müssen in jedem Fall bezahlt werden. Zinsraten sind immer positiv, auch dann, wenn die wirtschaftliche Situation Zinszahlungen eigentlich nicht ermöglicht. In einer Rezession wird daher der Staat in der Pflicht gesehen, das brachliegende Geld durch Verschuldung zu übernehmen und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Dies hält den Zinssatz im positiven Bereich, obwohl er besonders in einer gesättigten Wirtschaft eigentlich marktgerecht auf Null fallen müsste oder zeitweilig sogar unter Null. Damit kommt der Staat schließlich

selber unter Druck, weil er sich zunehmend außerstande sieht, die Schulden auch wieder ordnungsgemäß abzubauen. Ein Staat an der Grenze zur Insolvenz wie Griechenland, der von Rating-Agenturen auf Stufe C gesetzt wird, müsste auf dem normalen Kapitalmarkt Wucherzinsen bis zu 20 Prozent bezahlen. Dies würde nicht nur den Staat, sondern auch die Wirtschaft des Landes ruinieren. Das ist der letztendliche Wirkmechanismus des etablierten Wirtschaftssystems, allgemein auch Kapitalismus genannt.

Heiner Geißler, der Sozialpolitiker in der CDU, hat dieses System knapp und präzise charakterisiert: »Kapitalismus ist staatlich sanktionierter Diebstahl.« Seine CDU-Kollegin Angela Merkel verhandelte den »Rettungsschirm« für Griechenland und andere mögliche Anwärter mit den Experten des IWF, der EZB und der Europäischen Kommission mit der erklärten Absicht, das Problem an der Wurzel anzugehen. Der »Rettungsschirm« oder in seiner offiziellen Bezeichnung »Europäische Einrichtung zur Finanzstabilität« (EFSF) ist jedoch weit von den Wurzeln des Problems entfernt. Gründliche Untersuchungen über die Auswirkungen der Finanzsphäre auf die Realwirtschaft sind seit langem überfällig und dringlicher denn je.

Die Griechen können jedenfalls nicht dafür verantwortlich gemacht werden, das Zinssystem erfunden zu haben. Sie können vielmehr auf einen ihrer hervorragendsten Ahnen verweisen, der die Natur des Zinses unmissverständlich klar beschrieben hat: »So ist der Wucher hassenswert, weil er aus dem Geld selbst den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld da ist. Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden, durch den Zins vermehrt es sich dagegen durch sich selbst. [...] Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur.« - Politik, 1. Buch, Kap. 3, 1259 a (Wikiquote: Aristoteles)

Neulich lief mir Cassandra, eine ebenfalls wohlbekannte Figur aus der griechischen Mythologie, über den Weg. Mit düsterem Blick und bedeutungsschwangerer Stimme sprach sie: »Der Kapitalismus ist dem Untergang geweiht!« und entschwand. Aber wer würde auf sie hören und dieser notwendigen Einsicht zur Geburt verhelfen?



**Robert Mittelstaedt**, Jg. 1943, war vor allem im künstlerischen Bereich tätig. Eine bedeutende Rolle spielte dabei die Medienlehre von Marshall McLuhan (»Das Medium ist die Botschaft«). Dies hat ihm auch ein schnelles und tieferes Verständnis der Geldproblematik ermöglicht. Er hat sich u.a. für die Herausgabe von Helmut Creutz' »Das Geldsyndrom« auf Englisch eingesetzt ([www.TheMoneySyndrome.org](http://www.TheMoneySyndrome.org)).

# Staatliches Regiogeld für Schuldenstaaten

Griechenland droht der Absturz in eine schwere Rezession und in politische Instabilität. Leider gilt dies auch für weitere Schuldenstaaten. In dieser Situation wäre es sinnvoll, in den Ländern der Währungsunion parallel zum Euro umlaufgesichertes Regionalgeld einzuführen. Dadurch würde die Krise entschärft und den Menschen eine ausbaufähige Alternative aufgezeigt.

**D**er Beitritt zur Euro-Zone brachte vielen Staaten niedrigere Zinsen für alle neu aufgenommenen Schulden, auch für die, die nur zur Rückzahlung alter Schulden aufgenommen wurden. Das entlastete die Staatshaushalte auch bei gleichbleibendem Schuldenstand. Erst in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts, insbesondere im Zuge der globalen Finanzkrise, differenzierten sich auch in der Euro-Zone die Zinsen für Staatsschulden nach der Bonität des Schuldners. Die Kapitalmärkte haben zu spät, aber umso gnadenloser mit Risikoprämien in Form von Zinserhöhungen reagiert. Nun können diese Staaten es eigentlich nicht mehr verantworten, zur Schuldenrückzahlung wieder Schulden aufzunehmen, weil bei gleicher Schuldsomme jetzt die Zinslast höher ist. Sie bekommen erst recht keine zusätzlichen neuen Kredite, um ihre Haushalte weiterhin mit Neuverschuldung auszugleichen – jedenfalls nicht mehr zu vertretbaren Zinskonditionen. Der Haushaltsausgleich ist nur noch durch rigorose Sparmaßnahmen, die in den Lebensstandard vieler Bürger eingreifen, oder/und Steuererhöhungen möglich, die den Lebensstandard der Bürger ebenfalls reduzieren. Makroökonomisch sinkt die Gesamtnachfrage von Staat und Bürgern. Es geht gesamtwirtschaftlich abwärts, ja es

drohen Abwärtsspiralen. Die politischen Unruhen werden immer bedrohlicher.

## »Rettung« nur, bis Schuldenlast wieder tragbar ist

Die aktuellen Hilfen der Staatengemeinschaft mildern den ökonomischen Druck nur so weit ab, dass die Hoffnung bestehen kann, weiterhin Schulden zur Schuldentilgung aufnehmen zu können, also auf eine gerade noch tragbare Schuldenlast zu kommen. Aber die bisherige jährliche Neuverschuldung ist auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Deficit spending ist nicht mehr möglich – und damit ist das wirtschaftspolitische Standardmittel zur Überwindung einer Wachstumsschwäche oder gar Rezession nicht mehr einsetzbar. Weitere strukturelle Sparmaßnahmen in den Staatshaushalten sind daher zu ihrem Ausgleich unvermeidlich; sie treiben die Wirtschaft tiefer in die Rezession. Das beeinträchtigt wiederum die Exportmöglichkeiten der wirtschaftlich gesunderen Länder in die Schuldenstaaten.

Euro-Staaten können nicht mehr die Auswege einer Inflation und/oder einer Abwertung beschreiten, die früher mit nationalen Währungen vielfach üblich und wirksam, wenn auch sehr ungerecht waren. Es bleibt nur noch rigoroses Sparen. Wie sollen sie nun die Wirtschaft ankurbeln? Angebotspolitische

Maßnahmen wie Steuersenkungen verbieten sich. Andere solche Maßnahmen wie Flexibilisierung der Arbeitsmärkte oder die Abschaffung von Reglementierungen der Verkehrsmärkte zur Verschärfung des Wettbewerbs und Förderung der Produktivität sind in einer schrumpfenden Wirtschaft politisch kaum radikal genug durchsetzbar, ohne noch mehr politische Unruhen zu riskieren.

## Die Chance: Regiogeld mit Umlaufsicherung

Das ist die Stunde der Freiwirtschaft. Sie kennt ein Mittel zur Stabilisierung und Ausweitung der privaten Nachfrage: die Umlaufsicherung des Geldes, die jedermann anhält, seine Geldeinkünfte rasch wieder zu verwenden, also Nachfrage zu halten. Zusätzlich steigt die Gesamtnachfrage, weil Geldvermögen in Sachvermögen umgeschichtet wird (»Flucht der Anleger in die Sachwerte«). Eine Euro-Reform in diesem

---

**»Deficit spending ist nicht mehr möglich – und damit ist das wirtschaftspolitische Standardmittel zur Überwindung einer Wachstumsschwäche oder gar Rezession nicht mehr einsetzbar.«**

---



Sinne ist zurzeit politisch wohl noch nicht durchsetzbar. Auch das Ersatzmittel einer höheren Inflationsrate wird aller Voraussicht nach von der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht eingesetzt werden. Sie ist rechtlich auf die Wahrung der Geldwertstabilität verpflichtet und kann ihr konjunkturpolitisch nicht ausreichendes Inflationsziel von »unter, aber nahe 2%« gerade noch unter den Begriff der Geldwertstabilität bringen. Mehr ist da kaum drin.

Damit sind die Möglichkeiten, umlaufgesichertes Geld im Euro-Raum einzuführen, aber noch nicht erschöpft. Es gibt Bürgerinitiativen,



## Tagung in Bad Boll

### Staatliches Regiogeld für Schuldenstaaten

Auf einer Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. am 19./20. November 2011 wird die Idee staatlicher umlaufgesicherter Komplementärwährungen zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise präsentiert und mit Fachleuten diskutiert. Näheres zu der Tagung findet sich voraussichtlich ab September im Internet unter: [www.sffo.de](http://www.sffo.de)  
SffO e.V., Badstraße 35, D-73087 Bad Boll  
Fon: 0 71 64 - 35 73, Fax: 0 71 64 - 70 34  
E-Mail: [info@sffo.de](mailto:info@sffo.de)

die Regiogeld mit Umlaufsicherung eingeführt haben. Am bekanntesten ist der »Chiemgauer«, dessen Nutzerzahlen und Verbreitungsgebiet ständig wachsen; siehe [www.chiemgauer.info](http://www.chiemgauer.info). Als Zahlungsmittel unterscheidet sich der Chiemgauer von dem Zahlungsmittel Euro durch die Quartalsgebühren, die seine Wertaufbewahrungsfunktion spürbar einschränken.



Umlaufgesicherte Drachme –  
Warum eigentlich nicht?

Historisch unvergessen sind aus den 30er Jahren auch die kommunalen Experimente in Wörgl und andernorts. Sie waren messbar erfolgreich in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Niedergangs.

Selbst die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) zeigte am 16. Juni 2011 unter der Überschrift »Krisenwährung« im Bildaufmacher auf Seite 1 eine geöffnete Ladenkasse, in der neben Euro-Scheinen und -Münzen Zehner- und Zwanziger-Scheine vom Chiemgauer lagen und schrieb dazu: »Kassensturz mit Chiemgauer. Anfang der Dreißigerjahre wurden Regionalwährungen erfunden. In der heutigen Krise scheinen sie aufzublühen.« Ja, warum eigentlich nicht?

All diese Erfahrungen könnten nun in Griechenland und den anderen betroffenen Staaten von Bürgerinitiativen und/oder Kommunen genutzt werden. Solche Initiativen werden die Wirtschaft dieser Staaten zwar nicht

hinreichend ankurbeln können, weil ihnen die Breitenwirkung fehlt. Aber sie wären eine Chance, das öffentliche Bewusstsein auf die Notwendigkeit zu lenken, die Wertaufbewahrungsfunktion der Zahlungsmittel einzuschränken, damit das Geld sich dem wirtschaftlichen Kreislauf nicht entzieht.

### Umlaufgesicherte Drachme

Das könnte einen Schritt politisch vorbereiten, der wirklich helfen könnte, diese Staaten wieder auf einen Wachstumspfad mit Vollbeschäftigung und steigenden Steuereinnahmen zu führen: die Einführung eines nationalen, staatlichen Regiogeldes neben dem Euro. Die Länder müssten aus der Euro-Währungsunion nicht austreten. Sie müssten auch keine nationale volle Parallelwährung mit schwankenden Wechselkursen zum Euro einführen; das hätte doppelte Preisauszeichnungen und zusätzliche Vertragsabsprachen über die anzuwendende Währung zur Folge. Der Euro kann der einzige Wertmesser und Vertragsgegenstand bleiben, wenn das staatliche Regiogeld das Wertverhältnis 1:1 zum Euro wahrt, wie es der Chiemgauer auch tut.

Nationales Regiogeld hat den Vorteil, im jeweiligen Staat bald flächendeckend verbreitet zu sein. Der Staat kann seine Geldleistungen in nationalem Regiogeld erbringen, also Aufträge, aber auch Gehälter und

Renten darin bezahlen und sich bereithalten, Steuern und Gebühren in Regiogeld anzunehmen. Umlaufgesichertes Geld würde dann einen großen Teil der Konsumentenumsätze machen und über die Handelsstufen bis zu den Herstellerunternehmen vordringen, die damit auch ihre Mitarbeiter und Lieferanten bezahlen könnten. Auf allen Wirtschaftsstufen und in allen Branchen würde die Nachfrage belebt, weil das Regiogeld rascher ausgegeben wird. Unausgelastete Kapazitäten würden wieder genutzt.

Darüber hinaus kann staatliches Regiogeld mit Vorteilen ausgestattet werden, die privates oder kommunales Regiogeld nicht in Anspruch nehmen kann: Der Staat kann seinem nationalen Geld einen wohlvertrauten Namen geben, z.B. in Griechenland Drachme. Weiterhin kann der Staat einen Annahmeweg für sein Geld gesetzlich festlegen. Dieser besteht auch für den Euro. Man spricht von der Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, seine Annahme darf nicht verweigert werden. Alle Verträge – alte und neue – würden weiter auf Euro lauten. Aber weil

**»Das ist die Stunde der Freiwirtschaft. Sie kennt ein Mittel zur Stabilisierung und Ausweitung der privaten Nachfrage: die Umlaufsicherung des Geldes.«**

das Wertverhältnis 1:1 zum Euro gesetzlich gewährleistet ist und Annahmeweg besteht, kann jeder Zahlungspflichtige im Inland selbst entscheiden, ob er in Euro oder in Drachme bezahlen will. Wer will, braucht nur noch die Drachme im Geldbeutel bei sich zu haben. Die Händler kommen allerdings um zwei Kassen nicht herum.

Der Anteil der Chiemgauer-Umsätze ist zu gering, um spürbar Einfluss auf die Entwicklung des Preisniveaus zu nehmen. Bei einem staatlichen Regiogeld wäre das anders. Es gibt zwar auch bei ihm nur Euro-Preise, aber die Umlaufgeschwindigkeit und die Menge der komplementären nationalen Zahlungsmittel hätten auf die Entwicklung des Preisniveaus in Griechenland selbstverständlich denselben Einfluss wie die Menge der umlaufenden Euros. Was zum erfolgreichen Umgang mit festen Wechselkursen geldpolitisch zu tun ist, wissen kluge Notenbanken; sie müssen nicht den Binnenwert, sondern den Außenwert ihrer Währung steuern – anders ausgedrückt, sie müssen sich der Geldwertpolitik der EZB unterwerfen. Ihr nationales Geld beschränkt sich auf die Funktion als Zahlungsmittel und perfektioniert diese Funktion durch Geldhaltungsgebühren, die die Wertaufbewahrungseigenschaft des nationalen Geldes etwas einschränken und dadurch seinen stetigen Umlauf sichern. Preissteigerungen drohen erst, wenn Vollbeschäftigung eingetreten ist. Dann muss die Drachmen-Geldmenge begrenzt oder zurückgefahren werden.

Alle, die mit dieser Idee sympathisieren, aber auch Bedenken träger, sind eingeladen, auf einer Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. am 19./20. November 2011 in Bad Boll mitzudiskutieren. ■



**Eckhard Behrens**, geb. 1937, ist Jurist mit umfassendem Studium der Volkswirtschaftslehre, insbesondere bei Prof. Dr. jur. Franz Böhm, einem der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Beruflich war er in der Verwaltung der Universität Heidelberg tätig, von 1973 bis zur Pensionierung als Dezernent für Studium und Lehre.

Behrens ist seit 1987 Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung (SffO) in Bad Boll. [www.EBehrens.de](http://www.EBehrens.de)

## INWO aktiv – beim Evangelischen Kirchentag

Am 1. Juni 2011 war es wieder soweit. Die INWO-Aktiven machten sich auf, beim 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden auf dem Markt der Möglichkeiten ihren schönen Messestand aufzubauen, um Kirchentagsbesucher auf die grundlegenden Fehler in unserem derzeitigen Finanzsystem aufmerksam zu machen. Der Markt fand in der Messe Dresden statt, welche in der Elbschleife gegenüber von Radebeul zu finden ist. Das Stand-Zubehör wurde wie immer von Erich und Peter Lange in Wüstenfeld im Transporter verstaut. Pünktlich um 11 Uhr durften wir auf das Messegelände fahren und nach kurzer Inaugenscheinnahme unserer Standfläche begannen wir, das Zubehör zu entladen und in die Halle zu fahren.

Schon kurz nachdem wir angefangen hatten, den Teppichboden zu verlegen, stießen die ersten INWO-Aktiven zu uns, die selbstständig angereist wa-

für die Zeit des Kirchentages zur Folge hatte. Wer schon mal drei bis vier Tage auf so einer Messe Besucher angesprochen und ein durchaus anspruchsvolles Thema zu erklären versucht hat, weiß es sehr zu schätzen, wenn man freundliche Nachbarn hat und mit frischem Kaffee versorgt wird. Auch vom ersten Journalisten wurden wir angesprochen und mussten einen vom Team zum Interview abstellen.

Nach Vollendung des Aufbaus und dem obligatorischen Staubsaugen des INWO-blauen Teppichbodens waren wir zwar »a weng gschaftt«, aber nun stand noch das Quartierbeziehen auf dem Programm. Da sich in Radebeul niemand auskannte, haben wir die Adresse in das Navi eingegeben und los ging es ... Erst lotste uns das Teil über einen holprigen Feldweg einmal rund ums Messegelände, aber Erich steuerte den Transporter ruhig durch alle Niederungen, die sich vor uns auftaten. Dann das Ortsschild von Radebeul, wir wähten uns schon fast am Ziel. Doch nun standen wir vor einer Baustelle, welche sich genau auf der Kreuzung vor der Schule, in der wir schlafen sollten, befand.

Das Navi musste durch Nase, Bauch und Spürsinn ersetzt werden und nach einigen Ehrenrunden durch das Radebeuler Einbahnstraßengeflecht standen wir dann doch vor dem Gymnasium. Dem Klären der Formalitäten folgte gleich das Freiräumen des zugewiesenen Klassenraumes und der Aufbau der individuell mitgebrachten Schlafstätten. Insgesamt haben in dem besagten Klassenzimmer ca. 20 Personen geschlafen und im ganzen Haus etwas über 150 Leute. Da waren wir doch erstaunt, als wir feststellten, dass für diese Anzahl, plus in etwa noch mal so viele aus der angegliederten Grundschule, doch zwei Duschen für die Herren und drei für die Damen in der dazwischenliegenden Sporthalle vorhanden waren. Natürlich forderte in der Zwischenzeit auch der Magen sein Recht und nach kurzer Erkundung der Umgebung fanden wir im Restaurant »Der kleine Grieche« einen Tisch, der groß genug war. Bei griechischem Essen, Bier und Wein wurde noch viel über den vergangenen und den folgenden Tag geplaudert.

Frank Rösner

Wohlverdiente Pause für  
Frank Rösner, Andreas  
Berner und Jörg Schreiner  
(v.l.n.r.)



### Warum ich für die INWO aktiv bin ...



... weil meine Enkelin Anna und alle Enkelkinder dieser Welt uns ausgeliefert sind, da sie nichts dagegen unternehmen können, dass wir ihnen einen ausgeplünderten Globus mit verantwortungslosen Geldschulden und dazu noch größten sozialen und politischen Spannungen hinterlassen, verursacht durch ein irrsinniges Geldsystem. Darum versuche ich durch meine Mitgliedschaft in der INWO in letzter Minute meine demokratische Bürgerpflicht wahrzunehmen.

Rudolf Kläs, Dortmund

ren. Michael Monheimius, Friedhelm Hürten und Jörg Schreiner wurden sogleich in das eingespielte Aufbauwerk mit einbezogen und nach einiger Zeit gesellten sich auch Markus Fiedler und Andreas Berner hinzu. Markus hatte seinen Stand für die Regiogeldinitiativen schon aufgebaut und so konnten wir mit vereinten Kräften gut vorankommen. Alwine Schreiber-Martens hatte die Strecke von Riesa nach Dresden mit dem Rad in Angriff genommen und packte schon nach kurzer Verschnaufpause ebenfalls mit an. Es verlief alles sehr zügig und so konnten wir sogar noch anderen Messestandaufbauern mit Rat und Tat zur Seite stehen, was unter anderem ein Kaffeeabonnement

## Mitreden, worüber Deutschland spricht

Die Radiosender WDR 5 und Bayern 2 bieten ihrem Publikum ein tägliches Forum für den demokratischen Diskurs: das Tagesgespräch. Hier werden aktuelle Fragen diskutiert wie zum Beispiel: Wer soll für die Finanzkrise bezahlen? Sind die Sozialreformen gerecht? Darf ein Fußballspieler so viel kosten? Was darf man Arbeitslosen zumuten?

Im Studio ist regelmäßig ein Gast, der Expertenwissen einbringt. Immer wieder haben die Hörerinnen und Hörer aber auch die Gelegenheit, mit einem politisch Verantwortlichen zu diskutieren oder einem Interessenvertreter die Meinung zu sagen.

Rufen Sie während der Sendung an und bringen Sie bei passender Gelegenheit das Thema Geldreform ein – kostenlos:

### Das Tagesgespräch auf WDR 5:

Montag bis Freitag von 09.20 – 10.00 Uhr  
Anrufertelefon: 0800 / 5678 555

**auf Bayern 2** (zeitgleich in BR-alpha): Montag bis Freitag von 12.05 – 13.00 Uhr  
Anrufertelefon: 0800 / 9495 955





»Geld regiert die Welt – Wer regiert das Geld?«, so der Titel eines Bildungsseminars der IG-BCE Tagungsstätte Bad Münders am Deister. Äußerst erstaunt las ich im Bildungsprogramm meiner Industriegewerkschaft von diesem Bildungsurlaub, und habe mich gleich dort angemeldet. Von Sonntag, den 3. Juli, bis Freitag, den 8. Juli, durchlebten wir ein volles, sehr interessantes Programm. Das Interesse an diesem Thema war so groß, dass die Tagungsleitung sich kurzerhand entschloss, einen zusätzlichen Referenten zu engagieren und damit praktisch zwei Seminare parallel durchzuführen. Los ging es am Montagmorgen mit der obligatorischen Vorstellungsrunde. Wir wurden dann in zwei Gruppen à 15 bzw. 16 Teilnehmer eingeteilt. Es wurde mir gestattet, unsere Bierdeckel und Flyer auszulegen, die gern mitgenommen wurden.

Im Laufe des Seminars haben wir einige Texte zu den Themen Geld, Geldpolitik, Schulden, Verschuldung, Bankenkrise, Eurokrise und Ratingagenturen durchgearbeitet und die Ergebnisse teilweise visualisiert. Zwischendurch wurden uns auch einige Filme gezeigt, z.B. »Wie funktioniert Geld?« von Max von Bock. Einige Kurzbeiträge aus dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen waren auch dabei. Die ARD-Plusminus-Filme »Die Bankenkrise – wie konnte es dazu kommen?« und »Wer zahlt Deutschlands Schulden?« sowie »Staatsgeheimnis Staatsschulden«, u.a. mit Bernd Senf und Heiner Flasbeck, zeigten uns, was alles zur heutigen Situation beigetragen hat und wie sie eventuell hätte verhindert werden können.

In Quarks & Co. »Die Welt in der Schuldenkrise« wurde u.a. an dem Beispiel der Familie Lehmann die Zinsbilanz in Bezug zu deren Staatsanleihen und der Staatsverschuldung ausgerechnet. Ihrem Zinsgewinn von 340 Euro pro Jahr standen Zinszahlungen in Höhe von 1.900 Euro gegenüber, die in den Staatsschulden enthalten sind.

Das absolute Highlight war gleich am Montagnachmittag der Film »Der Geist des Geldes« von Yorik Niess. Dieser kann im INWO-Shop bestellt werden. Kaum war der Film zu Ende, gingen auch schon eifrige Diskussionen los. Unsere beiden Seminarleiter unterbrachen diese und entließen uns zum Abendessen, mit der Aufgabe, uns bis zum nächsten Morgen Gedanken zu diesem Film zu machen. Am Abend konnte, wer noch nicht genug hatte, den Film »Lets make Money« von Erwin Wagenhofer anschauen, und am nächsten Abend den Beitrag »Die Rentenangst«.

Einen wirklichen Hammer an Information bekamen wir am Donnerstag vorgeführt: den Videovortrag von »Harald Schuhmann« beim Demokratie Kongress der Grünen im März. In diesem Kontext sahen wir auch den ARD-Plusminus-Beitrag »Bundesermächtigungsgesetz«. Beide sind ein absolutes Muss! Man kann sie, sowie auch alle anderen Film- bzw. Videobeiträge, im Internet finden. Die beiden letzten zeigten uns einmal mehr auf, wie es um unsere Demokratie bestellt ist.

Es ging um den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, sprich SOFFIN. Das absolut Erschreckende dabei ist, dass das Parlament keinerlei Möglichkeit der Einflussnahme hat. Ganze neun Abgeordnete sind in einem Kontrollgremium damit beauftragt, den SOFFIN zu überwachen. Einmal pro Sitzungswoche findet ein nicht öffentliches Treffen in einem abgeriegelten und abhörsicheren Raum mit den Vertretern des Bundesfinanzministeriums und des SOFFIN statt. Die neun Abgeordneten dürfen Fragen stellen und Informationen vor Ort hören und sichten, keinesfalls jedoch dürfen sie sich Notizen oder Kopien anfertigen. Sie dürfen noch nicht einmal mit ihren Parlamentskollegen darüber reden. Und genau das passiert gerade jetzt in unserer Bundesrepublik Deutschland!

Im März gab der SOFFIN an, dass insgesamt 69,39 Mrd. Euro abgerufen wurden. Diese Information erhielten die Mitglieder des Bundestages erst im Nachhinein und wurden damit vor vollendete Tatsachen gestellt. Es gibt darüber hinaus auch keine Information darüber, wer wie viel davon bekommen hat. Diese Finanzmittel werden gezahlt, ohne Abstimmung im Bundestag! Es gibt keinerlei Einflussmöglichkeit mehr.

Gegen Ende des Seminars, leider zeitlich zu kurz, haben wir noch einige Zukunftslösungen für unser Geldsystem erarbeitet. Es kristallisierten sich dabei drei Systemänderungsmodelle heraus: das Vollgeld, das Grundeinkommen und das Schwundgeld. Mit sehr großem Interesse hätten alle gern noch ausführlicher über die einzelnen Lösungen diskutiert. Die Vollgeldlösung ist einfach gesagt ei-

ne Geldreform, in der die Sichtguthaben in sogenanntes Vollgeld umgewandelt werden. Gemeint ist damit deren vollständige Umwandlung in Zentralbankgeld, um dadurch die Geldschöpfung der Banken zu unterbinden. Hans Christoph Binswanger hat im Zusammenhang einer wachstumslosen Wirtschaftsordnung den Begriff Vollgeld erstmals aufgegriffen. Irving Fisher hatte seinerzeit ein Konzept des 100 % Money entwickelt.

Das bedingungslose Grundeinkommen nach Götz Werner war als zweite Lösung vorgeschlagen und dürfte mittlerweile allgemein bekannt sein. Diesbezüglich sei erwähnt, dass Alwine Schreiber-Martens den INWO-Standpunkt 3 »Ein Grundeinkommen für alle – aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen« mit interessanten Finanzierungsvorschlägen erstellt hat. Diesen kann man im INWO-Shop bestellen oder von unserer Internetseite [www.inwo.de](http://www.inwo.de) abrufen.

Für mich am interessantesten war Vorschlag 3: die Einführung eines Schwundgeldes nach dem Vorbild von Wörgl und den umlaufgesicherten Regiogeldinitiativen. Dieser Vorschlag wurde von einigen etwas argwöhnisch, aber dennoch mit sehr großem Interesse diskutiert.

Mein persönlicher Gesamteindruck von diesem Seminar ist, dass man für die ungleiche Verteilung des Kapitals hauptsächlich die Banken und die Steuerpolitik verantwortlich machte. Eine Umverteilung durch Zins und Zinseszins wird nicht so erkannt, wie wir es sehen. Die Beiträge, in denen das Zinsproblem direkt angesprochen wurde, verursachten eher Skepsis. Wenn man mit etwas Neuem konfrontiert wird, kann eine solche Reaktion ja durchaus ganz normal sein. Die Thematik an sich ist jedoch in Gewerkschaftskreisen angekommen und nun nicht mehr so ohne weiteres ausgrenzbar. Für unsere Geldreformbewegung eröffnen sich dadurch neue Möglichkeiten.

Peter Lange

## Warum ich für die INWO aktiv bin ...

Seit 15 Jahren arbeite ich im Rahmen von Entwicklungsprojekten mit Menschen zusammen, die dank Solarenergienutzung unabhängiger werden möchten. Bei diesen Auslandsaufenthalten (Indien, Haiti, Westafrika) wurde mir schon bald bewusst, dass schonende Technologien nicht reichen, wenn das Bevölkerungswachstum (80 Mio. ungewollte Schwangerschaften pro Jahr) ignoriert wird. Deshalb ist das Menschenrecht auf freiwillige Familienplanung in meinen Projekten in Form von Aufklärung und Kondomen integriert. Ein weiteres exponentielles Phänomen ist die zunehmende Diskrepanz zwischen Arm und Reich. 2002 forderte ich an einer Tagung,



ernst genommen würden.

organisiert von UNO und Weltbank, dass nicht nur die Halbierung der extremen Armut sondern auch die Halbierung des extremen Reichtums gefordert werden muss, wenn die Millenniumsziele bis 2015 erfüllt werden sollen. Seither werde ich von diesen Friedens-Institutionen nicht mehr eingeladen. Da die INWO eine der wenigen Organisationen ist, die keine Angst vor Wurzelbehandlungen hat, bin ich aktiv mit dabei. Täglich wird es klarer, welches Leiden verhindert werden könnte, wenn INWO-Themen

Alec Gagneux, [www.fairCH.com](http://www.fairCH.com)

## Räuberhöhlen – Nein danke! Tempelreinigungen – bitter nötig!

Unser Ziel ist es, die Symbolik der Tempelreinigung in unserm Kulturmilieu wieder bewusst zu machen und dies Ereignis aus der Anfangszeit des öffentlichen Auftretens Jesu wieder aufblühen zu lassen. So könnten wir Kirchen zu ethischerem Handeln verhelfen. Es gibt viele Möglichkeiten, darauf aufmerksam zu machen, dass vorbildliche Kirchen ein sehr grosses Potential haben, mit dem sie in ihren Gemeinden Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (GFS) mehr Gewicht geben können. Ohne das Engagement von Zivilpersonen ändert sich allerdings wenig. So machen wir die Kirchen auf ihre wirtschafts-politische Verantwortung aufmerksam, indem wir z.B. das biblische Zinsverbot – im Kontext der Ausbeutung des Südens und der Aufblähung von Pensionskassen durch zweifelhafte Anlagestrategien – thematisieren.

Die Mehrheit des Volkes hat sich schon längst wieder ans Pharisäertum gewöhnt! Am Sonntag wird jeweils Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gepredigt – doch von Montag bis Samstag betreiben auch Kirchen »business as usual«. Dabei gibt es doch eine zentrale Bibelgeschichte:



Dann ging er in den Tempel und begann, die Händler hinauszutreiben. Er sagte zu ihnen: »In der Schrift steht: Mein Haus soll ein Haus des Gebetes sein. Ihr aber habt daraus eine Räuberhöhle gemacht.« (Lukas 19,45-46) ... das Geld der Wechsler schüttete er aus und ihre Tische stiess er um. (Johannes 2,13-16)

Diese Geschichte führt uns vor Augen, dass es nicht reicht, aus der Kirche auszutreten. Es ist wie mit den Atomkraftwerken: Ökostrom beziehen, ohne sich gegen AKWs zu engagieren, lässt die tödliche Technologie weiterlaufen. Warum steht eigentlich auf kaum einem Kirchturm »Atomkraft – NEIN DANKE!«? Die Kirchen sind schon viel zu lange Profiteure von Gewalt. Die Pensionskassen-Gelder der Kirchenangestellten zum Beispiel vermehren sich mittels Ausbeutung von Mensch und Natur. Kirchen arbeiten mit Banken zusammen, welche sich und ihre Kunden durch Waffengeschäfte, Kinderarbeit und Naturzerstörung bereichern. »Dies ist schwierig festzustellen«, mag manch einer einwenden. Wer es nicht selbst prüfen mag, kann auch einfachere Beispiele beobachten, etwa wie ein Pfarrer Wipf beim Weltwirtschaftsforum in Davos ein Plädoyer für die Schweizer Armee von sich gibt (auf YouTube unter: <http://www.youtube.com/watch?v=kX7nFs0dSBE>). Um das schweizerische Militär zu stützen, muss offenbar Kriegsmaterial exportiert werden. Mit schweizerischen Waffen wird aktuell in Saudi-Arabien, Palästina, Libyen und vielen anderen Orten gemordet.

Besucher können selbst in Augenschein nehmen, dass Kirchen wie das Fraumünster in Zürich oder das Münster von Bern wieder Räuberhöhlen sind. In diesen Tempeln wird Handel getrieben – wie vor 2000 Jahren. Natürlich ist das Verkaufen von Souvenirs in

Gotteshäusern nur die Spitze eines gewaltigen Eisberges.

Durch kleine Theaterauftritte wird seit Ostern in Zürich und Bern auf verschiedene Formen von Räuber-Verhalten aufmerksam gemacht: Während des Gottesdienstes steht zum geeigneten Zeitpunkt ein elegant gekleideter Banker auf und winkt einen armen Besucher zu sich. Dieser muss Zinsen abgeben. Der Banker will immer mehr – der Arme gibt was er kann. Plötzlich kommt ein weiterer Schauspieler, der Jesus darstellt, mit einem Plakat »Räuberhöhle« in den Händen und treibt damit den Banker zum Tempel hinaus. Auf dem Mittelgang, aus der Kirche flüchtend, verliert dieser Banker vor lauter Angst all seine Banknoten, die er von Armen abgezockt hat. Das Ganze läuft lautlos ab. An den Ausgängen können interessierte Besucher ein Infoblatt erhalten, welches darüber aufklärt, warum wir dieses Tempelreinigungs-Theater inszenieren und was gemacht werden kann, damit sich die Kirchen GFS-würdiger verhalten (Download unter: <http://www.fairch.com/agiern-mit-vorlage>).

Die Reaktionen der Pfarrer und der Gottesdienstbesucher könnten unterschiedlicher nicht sein. Der Pfarrer vom Berner Münster fand die Aktion notwendig und anregend, der Fraumünster-Pfarrer in Zürich hingegen war empört. Viele Besucher haben nach dem Gottesdienst mit uns konstruktiv dialogisiert.

Bitte melden Sie sich, wenn Sie mit uns aktiv werden möchten oder Vorschläge haben, wie Kirchen in unseren Gemeinden für die Umsetzung von Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Lebensgrundlagen gewonnen werden könnten.

Dialog und Aktionen: Alec Gagneux, [www.fairCH.com](http://www.fairCH.com), ++41 56 4 41 45 75

## Dabei sein: **WAL-Meeting**

Das 3. WAL-Meeting »Anders denken – anders leben« fand am 2. Juli 2011 im Schloss Glarisegg in Steckborn am Bodensee statt. WAL, das heisst Wohnen, Arbeiten, Leben – aber nicht irgendwie, sondern eben anders. Da kommt vieles zusammen, manches, wo man mit den Schultern zuckt oder vielleicht auch mit dem Kopf schüttelt, je nachdem wie weit man bereit ist, in seinem Denken über das so genannte wissenschaftlich gesicherte Wissen hinauszugehen. So treffen sich dort Spiritualität mit Physik, Transition Town und Gemeinschaftsprojekte mit Klangwelten, Viktor Schaubergers mit natürlichem Bauen, Permakultur mit neuen Geld- und Tauschsystemen ... Und die INWO + MoMo waren auch dabei. Da alles dort ein bisschen alternativ zugeht, war der Infostand am Boden einer Jurte und man setzte sich ins Gras, um zwischen den vielen Vorträgen über Geld und die Welt zu reden.

In der gleichen Jurte war auch das spannende Lebensgemeinschafts-Projekt Lichtzentrum Wittenberg untergebracht, wo der energievoll erscheinende Peter Fitzek wirkt. Er zog auch in Glarisegg viel Interesse auf

sich. Handfestes Wissen über Rechtsfragen zu Geld, Krankenversicherungs- und Rechtssystem sind bei ihm verbunden mit der festen Überzeugung, dass die zukunftsorientierten höheren Mächte ihn unterstützen beim Aufbau einer neuen Welt mit neuem Geld, neuer Krankenkasse, neuem Rechtssystem und vielem mehr. Manches klingt überzogen und realitätsfremd. Dennoch, bei genauerem Hinsehen findet man (gespielte?) Bescheidenheit. Jeder sollte sich selbst ein Bild machen. Auf jeden Fall läuft da was in Wittenberg, der Reformationsstadt (Universität mit Prof. Huber vom Vollgeld, Lichtzentrum ...). Unser Monetative-Projekt erschien daneben für einige, vor allem von den vielen deutschen Besuchern, die an Demokratie schon längst nicht mehr glauben, etwas weltfremd.

Alles in allem ist so ein WAL-Meeting ein unterhaltsamer Tag mit vielen interessanten Menschen und Begegnungen. Es lohnt sich, dabei zu sein.

[www.wal-meeting.blogspot.com](http://www.wal-meeting.blogspot.com)

[www.engelgeld.de](http://www.engelgeld.de)

[www.lichtzentrum-wittenberg.de](http://www.lichtzentrum-wittenberg.de)



SCHWEIZ

## **Monetative** basisdemokratisch

Der 1. August, Schweizer Nationalfeiertag, konnte in Zürich in einer besonderen Form erlebt werden: Es fand die erste Zürcher Landsgemeinde statt, organisiert von einer Gruppe, die lebendige Basisdemokratie aktivieren will. Mit weit über 300 Stimmenden vor Ort war sie ein Erfolg.

Der Initiativ-Vorschlag »Reform des Geldes – für eine stabile und nachhaltige Wirtschaft« (eingereicht von Lukas Peter, SP Wetzikon) erreichte Platz 3 von insgesamt 55 Reformvorschlägen. Diese waren in den Wochen vor dem 1. August von diversen Initianten auf einer Internet-Plattform vorgestellt und von den Seiten-Besuchern bewertet worden. Die zehn ersten konnten sich dann auf der Landsgemeinde kurz vorstellen, um danach per Handzeichen die vier Top-Vorschläge zu ermitteln, die dann je zirka 15 Minuten diskutiert wurden. Daniel Meier stellte die Monetative vor und betonte zusammen mit Lukas Peter die Gefährdung der Demokratie und damit der politischen Selbstbestimmung aller BürgerInnen durch die Finanzwirtschaft. Das positive Echo war überwältigend.

Leider wurden dadurch keine weiteren direkten politischen Prozesse ausgelöst. Diese 1. Zürcher Landsgemeinde wollte/will die Diskussion über Demokratie im öffentlichen Raum jenseits klassischer Medienkanäle fördern.

Nun hoffen wir auf weitere positive Resonanz, zum Beispiel durch Besuche bei den nächsten Veranstaltungen in Zürich. So informierte Hansruedi Weber bei der monatlichen INWO-Veranstaltung im »Zentrum Karl der Grosse« über die bisher erreichten und weiter zu unternehmenden Etappen. Folgende Fragen standen im Mittelpunkt: Wie lautet der Verfassungsvorschlag? Welches sind die Alternativen dazu? Wo liegen die Schwierigkeiten? Was für Befürworter, was für Gegner gibt es?

Wie wird argumentiert? Als nächster Schritt steht bevor, den ausformulierten Verfassungstext-Entwurf bei Parteien und NGOs sowie in Fachkreisen vorzustellen. Die Kontakte zu den Medien wurden bereits intensiviert. Auch das wird fortgesetzt.

Jeweils am ersten Freitag im Monat findet der MoMo-Treff in Zürich statt. Bei diesen MoMo-Treffen können Sie sich detailliert über die Vereinsaktivitäten informieren und gemeinsam klären wir Besucher-Fragen zum Thema Vollgeldreform/Monetative. Die Treffen finden im Sitzungsraum der Kramer-Stiftung [www.kramer-stiftung.ch](http://www.kramer-stiftung.ch) an der Röslistr. 2 in 8006 Zürich statt.

Immerhin konnte der Verein innerhalb von drei Monaten bereits über 70 Mitglieder und über 200 aktiv Interessierte gewinnen. Insgesamt erhalten ca. 700 Empfänger den monatlichen MoMo-Newsletter.

Sind Sie Mitglied in einer anderen Organisation, einem Verein oder einer Partei, die Interesse am Anliegen von MoMo haben könnte? Die MoMos sind gerne bereit, die Vollgeldreform mit einem Vortrag genauer vorzustellen.

[www.landsgemeinde-zuerich.ch](http://www.landsgemeinde-zuerich.ch)

[www.monetative.ch](http://www.monetative.ch)

[www.kramer-stiftung.ch](http://www.kramer-stiftung.ch)

Anmeldungen und weitere Informationen:

[vollgeldreform@gmail.com](mailto:vollgeldreform@gmail.com)





# Problemfeld Staatsverschuldung

## Ursachen und Folgen

Die Finanzkrise seit 2008 hat die Entwicklung der öffentlichen Schulden wieder in die Höhe getrieben. Immer mehr Staaten geraten an ihre finanziellen Grenzen. Um das Problem zu lösen, müssten die im Laufe der Jahrzehnte aufgebauten großen Geldvermögen, die die Staaten und ihre Bürger förmlich »aussaugen«, abgebaut werden.

**F**red Schmid beschreibt im folgenden Beitrag die Probleme und Größen der US-amerikanischen Staatsverschuldung, die inzwischen mit 96% des BIP fast die Größe der jährlichen Wirtschaftsleistung erreicht hat. Zum Vergleich wird nachfolgend den Staatsverschuldungen in Europa und vor allem in Deutschland nachgegangen.

### Die Verschuldungen in Europa

Wie aus der Darstellung 1 hervorgeht, entspricht der für die USA angeführte Schuldensatz von 96% des BIP in etwa auch dem Schulden-Mittelwert der Euro-Länder, deren Spektrum sich zwischen 60% und 140% bewegt (von jenen mehr als 200% nicht zu reden, die sich der japanische Staat schon vor der Tsunami- und Fukushima-Katastrophe aufgeladen hatte).

Wie der Darstellung weiter zu entnehmen, sind nicht nur die aktuellen Schuldensätze im Euro-Raum sehr unterschiedlich, sondern auch deren Auf- und Abwärtsbewegungen in den letzten 20 Jahren. Allerdings werden auch Gemeinsamkeiten sichtbar, wie z.B. bei dem Versuch mehrerer Länder, ihren Schuldenstand bis zum Einstieg in den Euro – also um das Jahr 2000 – den Maastricht-Kriterien anzunähern, die bekanntlich nur eine Maximalverschuldung von 60% des BIP erlauben. Eingermaßen erfüllt wurde diese Vorgabe nur von Frankreich, Deutschland, Portugal, Spanien und den Niederlanden, die allerdings von den drei erstgenannten Ländern sehr schnell wieder überschritten wurde.

Die Spitzenschuldner Belgien, Italien und Griechenland schafften dagegen bis 2001 nur eine Absenkung auf 110 Prozent und hätten eigentlich niemals in die Gemeinschaft aufgenommen werden dürfen!

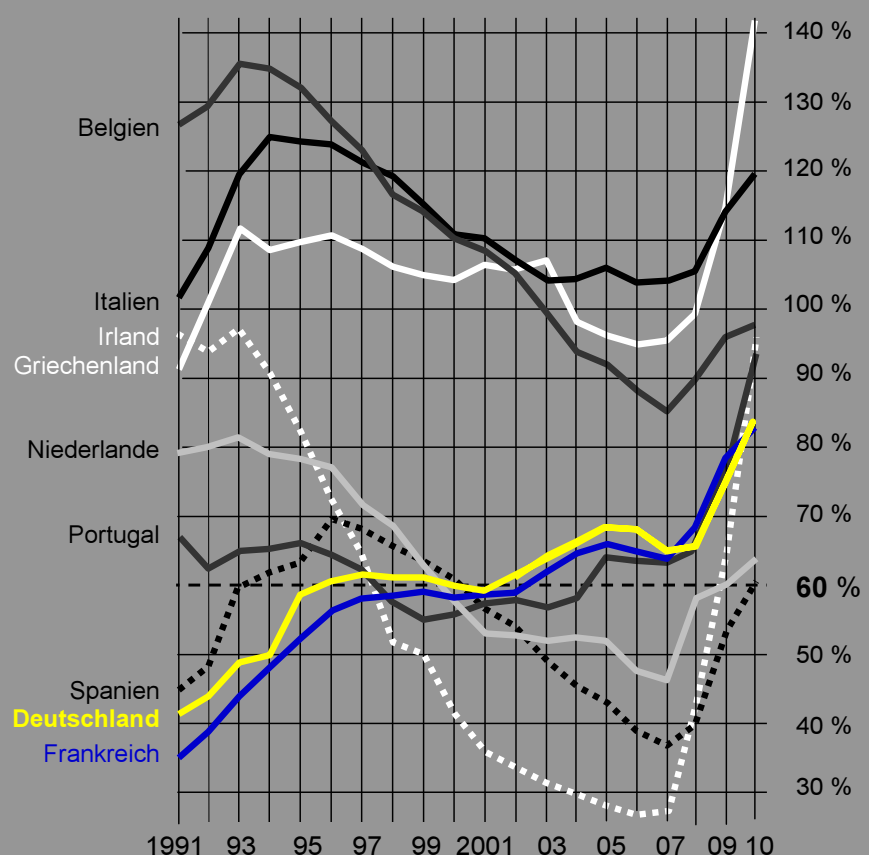
Irland erreichte dagegen, in einem förmlichen Absturz von 95% auf 37% und bis 2007 sogar auf 27%, ein Traumergebnis! Ursache dieser Entschuldung war ein Wirtschaftsboom, den das Land über große steuerliche Erleichterungen für Unternehmen aus-

löste, vor allem für Banken und andere Finanzinstitute, die man damit in großer Zahl ins Land lockte. Dabei handelte es sich häufig nur um die Konzernspitzen, die dann beim Nachweis der weltweiten Gesamtergebnisse von den niedrigen Steuersätzen profi-

tierten. Doch ab 2007 setzte die Finanz- und Bankenkrise ein und die Pleiten der ins Land geholten Finanzmarkt-Institutionen und die daraus resultierenden Einbrüche der Steuereinnahmen ließen dann in Irland die Schuldenquote innerhalb von drei Jahren förmlich

### Entwicklung öffentlicher Schulden in diversen Euro-Ländern - 1991-2010

in Prozenten des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Bbk / BMA

© Helmut Creutz / Nr.038

explodieren, und zwar von 27% auf jene 96% des BIP, die wieder dem eigenen Stand von 1991 und zufällig auch dem heutigen der USA entsprechen.

Wenn auch nicht im gleichen Umfang wie in Irland, stiegen von 2007 bis 2010 die Staatsverschuldungen in allen anderen Euro-Ländern ebenfalls steil an, ganz besonders in Griechenland von 96% auf 140%, das sich mit diesem Wert an die Spitze katapultierte. Diese Gleichheit der Reaktionen in allen Ländern beweist die zunehmende Machtlosigkeit der Staaten gegenüber jenen geldbezogenen Exzessen, die sie im Grunde selbst zugelassen und sogar, aus falsch verstandenen Freiheitsvorstellungen auf allen Märkten, oft noch gefördert haben!

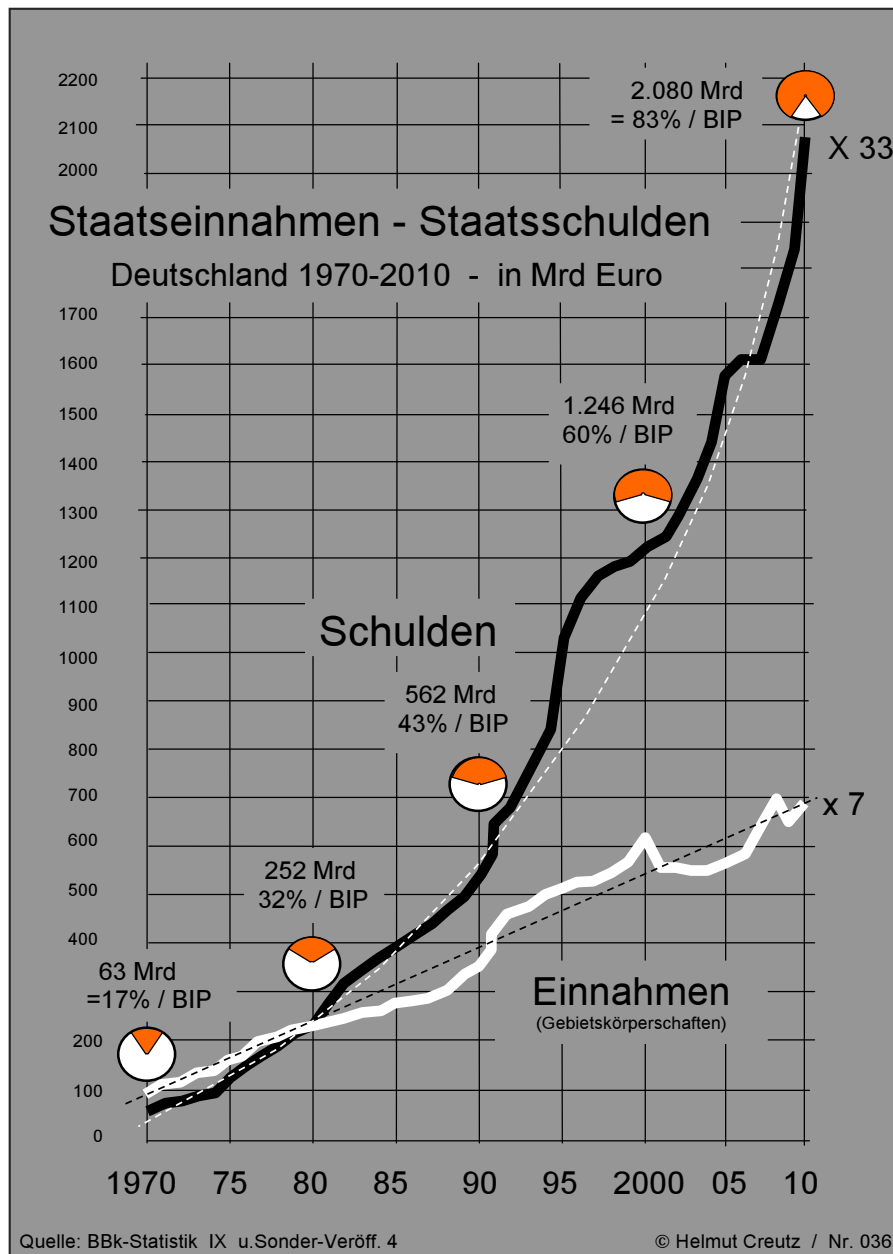
### Die Situation in Deutschland

Wie sich die Staatsverschuldungen in Deutschland in den letzten 40 Jahren in nominellen Euro-Größen entwickelt haben, ist – verglichen mit den Staatseinnahmen – in der 2. Darstellung wiedergegeben, in den Kreisdarstellungen im Zehnjahresabstand zusätzlich auch in Prozent des BIP.

Erkennbar wird aus dem Vergleich, dass die Schulden in den ersten Jahren noch unterhalb der Einnahmen lagen und sich in etwa parallel dazu entwickelten. Ab 1974 nahmen sie jedoch schneller zu als die Einnahmen und ab 1980 kam es zu jener Scherenöffnung zwischen beiden Größen, die sich

**»Wohlgemerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn – wie heute in der Bundesrepublik – das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage ... der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.«**

**Prof. Rüdiger Pohl, langjähriges Mitglied des Sachverständigenrates  
»Die Zeit«, 11.12.1987**



in den Hochzinsphasen und – in den 90er Jahren – auch durch die Vereinigung von Ost und West jeweils beschleunigte. Besonders markant zeichnet sich auch wieder der steile Schuldenanstieg von 2007 bis 2010 ab, ausgelöst durch die staatlichen Stützungsmaßnahmen im Zuge der Banken- und Finanzmarktkrise.

Was nun die langfristige Entwicklung der staatlichen Einnahmen betrifft, so nahmen diese – sieht man von der vereinigungsbedingten Zunahme im Jahr 1991 ab – bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre relativ kontinuierlich und damit tendenziell linear zu, um jedoch im letzten Jahrzehnt ebenfalls von den börsen- und bankenbedingten Konjunkturschwankungen beeinflusst zu werden.

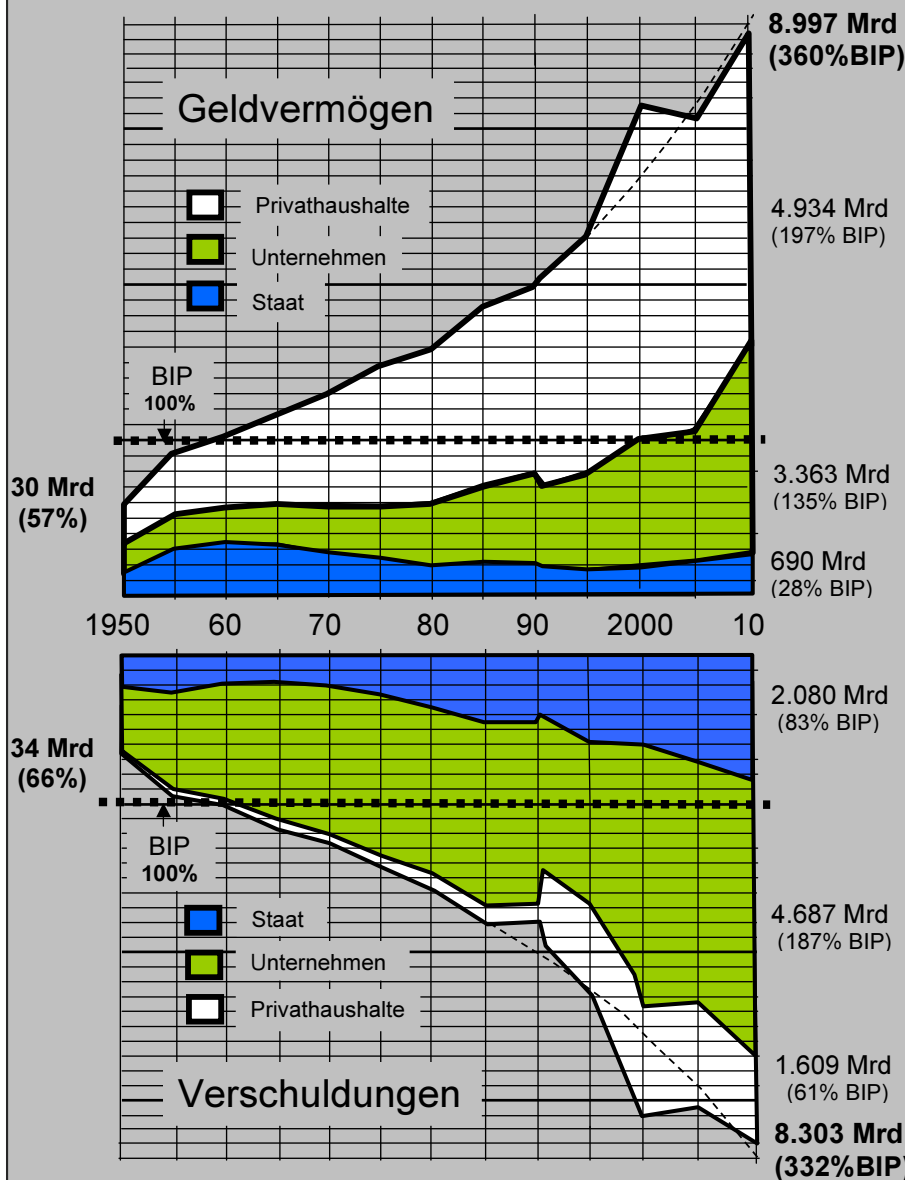
Während jedoch die Staatseinnahmen in den 40 Jahren nominell auf das 7-fache zunahmen, vermehrten sich die Schulden auf

das 33-fache! Diese unterschiedlichen Entwicklungen gehen aus den langfristigen Trendlinien besonders deutlich hervor, die gleichzeitig sichtbar machen, dass es sich bei der Zunahme der Einnahmen um eine lineare handelt, während die der Schulden exponentiell verläuft.

Gerade der Vergleich zwischen diesen Trendlinien dürfte deutlich machen, dass eine Rückführung der Schuldenbelastungen oder gar eine Schließung der Schere zwischen beiden Größen kaum noch möglich ist. Vielmehr ist auf Grund des exponentiellen Anstiegs der Schulden ein Zusammenbruch unvermeidbar, wann und auf welche Weise er auch immer eintreten wird. Denn wenn sich in einem Organismus ein Teil rascher entwickelt als das Ganze – hier im Wirtschaftsorganismus die Schulden im Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Leistung und den dar-

# Geldvermögen und Schulden in Deutschland

Gegenüberstellung in % des BIP - 1950-2010 - Wertangaben in  
ab 1991: neues Erfassungsschema - Trendlinien: Überziehungen durch Aktienboom



Quelle: Bundesbank

© Helmut Creutz / Nr.034/043

aus resultierenden Einkünften –, dann kann ein Kollaps immer nur eine Frage der Zeit sein!

## Was sind die Ursachen des Schulden-Überwachstums?

Schulden sind in jedem Land das Spiegelbild der Geldvermögen. Nehmen die Geldvermögen zu – und das ist seit 1950 im Übermaß der Fall –, dann können sie nicht nur im gleichen Umfang als Schulden aufgenommen werden, sondern sie müssen auf diese Weise in die Volkswirtschaft zurückgeschleust werden! Denn ohne diese Rückführung über entsprechend hohe Kreditausweitungen würden die Geldvermögens-Zuwächse als Kaufkraft in der Wirtschaft fehlen. Bedenkt man,

dass die Geldvermögen in Deutschland in den letzten zehn Jahren jeweils durchschnittlich um 160 Mrd. Euro zugenommen haben, dann hätte eine Unterlassung dieser Rückführung die Nachfrage um rund zehn Prozent pro Jahr einbrechen lassen!

Diese wechselseitige Beziehung zwischen Geldvermögen und Schulden geht aus der Darstellung 3 besonders deutlich hervor, in der beide Größen mit ihren Entwicklungen seit 1950 spiegelbildlich gegenübergestellt sind. Jeweils aufgeteilt auf die drei Wirtschaftssektoren Privathaushalte, Unternehmen und Staat und umgerechnet in Prozent des jeweiligen BIP.

Wie aus den zusätzlich eingetragenen Milliardenbeträgen in der Darstellung 3 hervorgeht, nahmen Geldvermögen und Schulden seit 1950 nominell auf etwa das 270-fache zu, während das BIP nominell nur auf das 47-fache angestiegen ist. In Prozenten des BIP stiegen sie dagegen auf rund das fünf- bis sechsfache an, von etwa 60% auf 332% bzw. 360% des BIP! Das heißt, um unsere gesamten volkswirtschaftlichen Schulden zu tilgen, müssten wir – theoretisch – das BIP von dreieinhalb Jahren zurücklegen, während zur Tilgung nur der Staatsverschuldung die Leistung von zehn Monaten genügt!

**»Die ganzen Schulden-aufnahmen der Staaten der Europäischen Währungsunion in den letzten 40 Jahren haben fast ausschließlich jener Minderheit der Reichen gedient, die ihr Geld dem Staat leihen konnten!«**

Vergleicht man die Entwicklungen in den einzelnen Sektoren, also bezogen auf Privathaushalte, Unternehmen und Staat, dann sind die Unterschiede erheblich. Waren die Geldvermögen anfangs noch relativ gleichmäßig verteilt, konzentrierten sie sich im Jahr 2000 zu zwei Dritteln bei den privaten Haushalten, um dann in den letzten Jahren, zugunsten der Unternehmen, deutlich zurückzufallen. Der Anteil des Staates, anfangs noch bei einem Drittel der Geldvermögen liegend, fiel dagegen von 1960 bis 2010 auf weniger als ein Zehntel zurück! Bei den Schulden war es dagegen umgekehrt. Hier entwickelten sich die Staatsanteile schneller als die Gesamtverschuldung.

Der steile Anstieg sowohl der gesamten Geldvermögen als auch der Schulden von 1995 bis 2000 und der anschließende Abbruch bis 2005 war vor allem Folge des übernormalen Anstiegs und anschließenden Zusammenbruchs der Börsenkurse, der – verstärkt durch die Banken- und Finanzmarktkrisen – bis 2010 nicht ausgeglichen werden konnte, wie die gestrichelten Trendlinien erkennen lassen. Der deutliche Vorsprung bei den privaten Schulden im Jahr 1990 ist dagegen die Folge einer Änderung der statistischen Erfassungen, bei der man die Hypotheken den privaten Haushalten zugeordnet hat.

Die Ursachen des Überwachstums der Geldvermögen und damit ihnen folgend auch der



Schulden sind wiederum die Auswirkungen jener zins- und zinseszinsbedingten Überentwicklungen, die – laut Bundesbank – bereits 1993 bei 80% der Neuersparnisse lagen und damit – ebenfalls laut Bundesbank – eine »Selbstalimentation der Geldvermögen« bewirkten. Solche sich exponentiell beschleunigenden Entwicklungsprozesse müssen jedoch, wie bei allen Pyramidenspielen, letztlich lawinenartig zusammenbrechen.

### Größe und Auswirkungen der Zinszahlungen des Staates

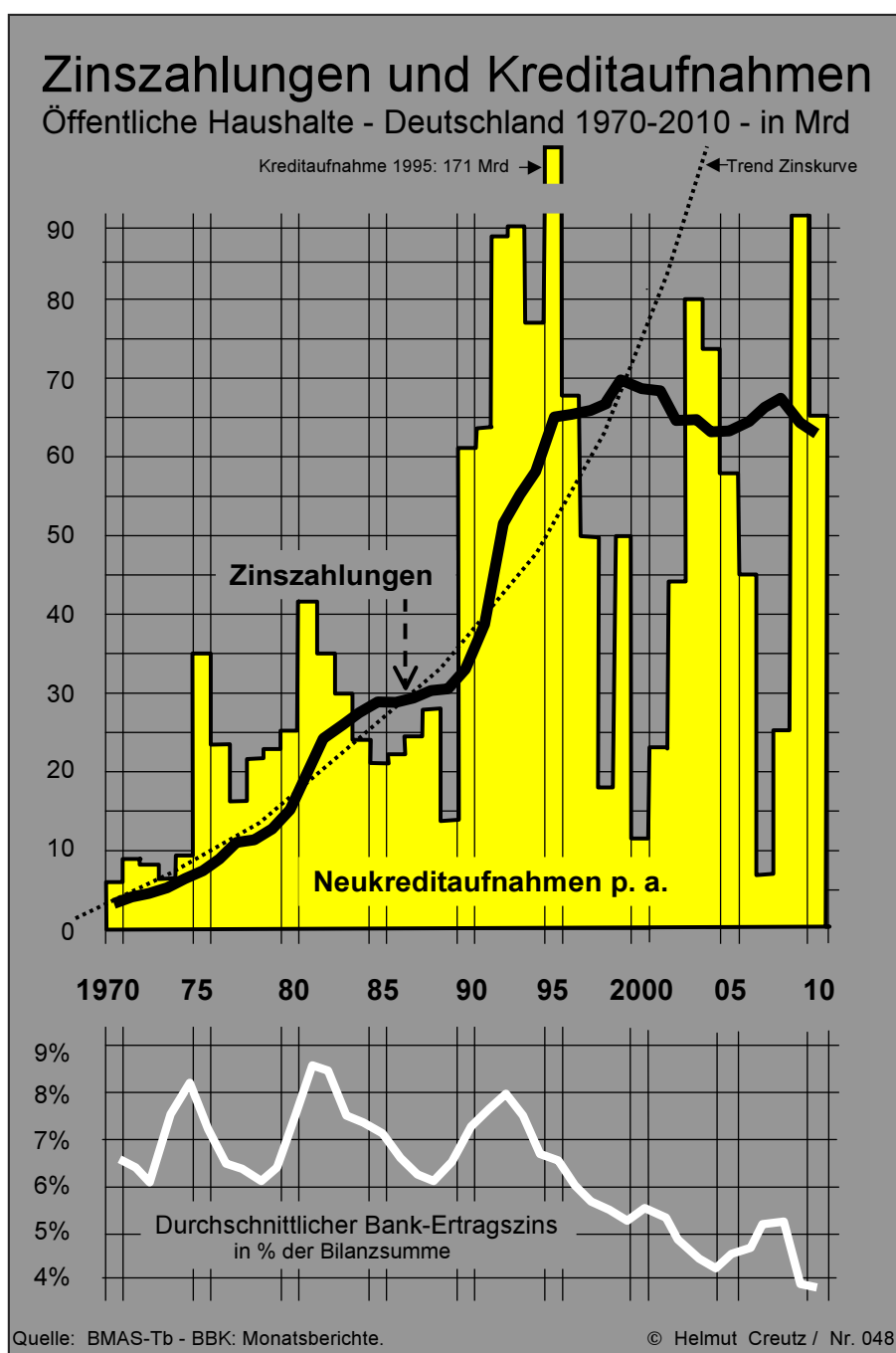
Diese zinsbezogenen Aspekte der Verschuldungsproblematik, bezogen auf die Staatsverschuldungen, gehen aus der Darstellung 4 hervor. In ihr sind, mit der dunklen Kurve, die jährlichen Zinszahlungen des Staates in Mrd. Euro eingetragen und im Hintergrund die jährlichen Neuverschuldungen, zusätzlich im unteren separaten Teil der Darstellung die durchschnittlichen Ertrags-Zinssätze der Banken.

Addiert man die gesamten eingetragenen Neu-Kreditaufnahmen des Staates von 1970 bis 2010, dann nahm deren Bestand in den 40 Jahren von rund 67 Mrd. € auf 2.080 Mrd. € zu und damit um 2.013 Mrd. € auf das 31-fache. Addiert man nun die in den gleichen 40 Jahren vom Staat geleisteten Zinszahlungen, dann ergibt sich ein Gesamtbetrag von 1.625 Mrd. Euro. Das aber bedeutet, dass die Neukreditaufnahmen zu 81% in den Zinsendienst geflossen sind und lediglich die Differenz zwischen 2.013 und den 1.625 Mrd., also 388 Mrd. Euro, dem Staat für Ausgaben zur Verfügung gestanden haben! Und auch dieser geringe Nutzen ist nur dem deutlichen Absinken der Zinssätze und damit der Zinslasten in den letzten 15 Jahren zu verdanken, das in der Zinskurve erkenntlich wird!

Zieht man dagegen die Entwicklungen zwischen 1970 und 2000 heran, dann lag der Nutzen sogar bei Null! Dies bestätigte bereits 1999 Prof. Reimund Jochimsen, Direktor der LZB Nordrhein-Westfalen, sogar für die gesamten Währungsunion:

»Für die Gesamtheit der elf EWU-Länder gilt, dass die Neuverschuldung gerade ausgereicht hat, die Zinslast aus der Verschuldung zu decken. Im Zeitraum 1970 bis 1998 war die Defizitquote. ... praktisch genau so hoch wie die Zinslastquote.«

Das heißt: Die ganzen Schuldenaufnahmen der Staaten in den letzten 40 Jahren haben fast ausschließlich jener Minderheit der Reichen gedient, die ihr Geld dem Staat leihen konnten! In Deutschland wurden sie in den 40 Jahren um jene 1.625 Mrd. reicher, die der Staat – und damit wir alle – aufbringen mussten! Und dieser zinsbedingte Umverteilungs-



Mechanismus von der Mehrheit zur Minderheit erklärt auch die zunehmende Scherenöffnung zwischen Arm und Reich in unseren Gesellschaften, ebenso wie den dauernden Zwang zum Wachstum, mit dem man den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten versucht. Dass das jedoch immer weniger möglich ist, zeigen uns die Bürgeraufstände in aller Welt ebenso wie die zunehmenden Zerstörungen unserer Umwelt.

Rechnet man die Staatsverschuldungen auf alle Bürger um, dann liegen die Pro-Kopf-Anteile inzwischen bei 25.000 Euro und zusammen mit den übrigen Schulden in der Wirtschaft sogar bei mehr als 100.000 Euro! Es ist also höchste Zeit, sich verantwor-

tungsbewusst mit den unverantwortlichen Fehlstrukturen unseres Geldsystems zu befassen.



**Helmut Creutz**, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks »Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft« (2001). Im Jahr 2004 sind »Die 29 Irrtümer rund ums Geld« erschienen. Beide Bücher sind auch als Hörbücher bei der INWO erhältlich.

# Schulden-Supermacht **USA**

Anfang Juli feierten die USA ihren 235. Jahrestag der Unabhängigkeit. Doch noch nie waren das Land und seine Bürger so abhängig wie an diesem Independence Day. Amerika ist finanziell in der Hand von Banken, Finanz-Fonds, Geldvermögenden, der japanischen und chinesischen Zentralbank.

**D**ie größte Wirtschafts- und Finanzmacht der Welt ist in Wahrheit pleite. Kurz bevor sie an die gesetzlich festgelegte Schuldengrenze von 14,29 Billionen (14.290 Mrd.) Dollar – fast 100% (97,0%) des BIP der USA – gestoßen wäre, haben sich Demokraten und Republikaner Anfang August zwar auf ihre Anhebung einigen können. Doch ohne noch mehr Schulden wäre der Staat zahlungsunfähig. Er könnte dann keine Rechnungen mehr begleichen, keine Gehälter mehr für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bezahlen, keine Staatsaufträge vergeben und seine Schulden nicht mehr bedienen. Tag für Tag wächst die Schuldenlast des Staates um 4,38 Mrd. Dollar; je-

den Monat muss die US-Administration 125 Mrd. Dollar frisches Geld an den Finanzmärkten aufnehmen. Die führende Rating-Agentur Standard & Poor's hat durch die erstmalige Herabstufung der US-Kreditwürdigkeit auf AA+ einen Warnschuss abgegeben. Es droht eine Erhöhung der Zinsen für US-Schatzanleihen, die zig Mrd. Mehrausgaben für Zinsen zur Folge hätte. Die Finanzmärkte weltweit befinden sich in Alarmbereitschaft, die Börsenkurse in Asien, Europa und in den USA rutschten ab.

Anfang September wurden auf der Schuldenuhr in New York bereits 14.685 Mrd. Dollar angezeigt, der Anteil pro Steuerzahler liegt bei über 131.000 Dollar. 14.685 Mrd. Dollar,

**»Das Krebsgeschwür der US-Staatsfinanzen sind die horrenden Ausgaben für Militär, Rüstung und Krieg. Kein Wunder, dass sich die Staatsverschuldung binnen acht Jahren verdoppelt hat.«**

das bedeutet eine Schuldenlast pro US-Bürger – ob Kind, ob Greis – von über 47.000 Dollar (Siehe auch: [www.usdebtclock.org/index.html](http://www.usdebtclock.org/index.html)). Allein seinem größten Gläubiger,



Freiheit? – Noch nie waren die Amerikaner so abhängig wie heute

China, schuldet jeder Amerikaner 4.000 Dollar, insgesamt knapp 1,2 Billionen Dollar – die von China gezeichneten Anleihen der quasi-staatlichen Immobilienfinanzierer Freddie Mac und Fannie Mae noch gar nicht mitgerechnet.

Die staatliche Rettung dieser gigantischen Immobilien-Institute, von Banken und Versicherungen sowie das riesige Konjunkturpaket zur Aufpöpelung der krisengeschwächten Wirtschaft sind wesentliche Ursachen der jetzigen Schuldenkrise. Allein die unmittelbaren staatlichen Rettungsaktionen für das Bankensystem beliefen sich auf 1.100 Mrd. Dollar; das Konjunkturpaket wog 783 Mrd. Dollar schwer.

### 5,5 Billionen für Militär und Waffen

Das Krebsgeschwür der US-Staatsfinanzen aber sind die horrenden Ausgaben für Militär, Rüstung und Krieg. Seit 2001, als Präsident George W. Bush der Welt den »Krieg gegen den Terror« erklärte, bis 2010 verpulverte die US-Regierung insgesamt 5.500 Mrd. Dollar für Militär und Waffen (nach SIPRI). 2011 steigen die Militärausgaben auf 720 Mrd. Dollar und sind damit fast doppelt so hoch wie vor zehn Jahren (2001 mit 379 Mrd. Dollar). 45 Prozent der Welt-Militärausgaben entfallen auf die USA mit vier Prozent der Weltbevölkerung. Kein Wunder, dass sich die Staatsverschuldung binnen acht Jahren verdoppelt hat.

Dabei sind im Rüstungsetat noch gar nicht alle Kosten der US-Kriege enthalten. The Independent Institute beziffert die Kriegskosten der USA für den Irak-Krieg und den Krieg gegen Afghanistan von 2002 bis 2011 auf 1,33 Billionen Dollar. Nobelpreisträger Joseph



Stiglitz, früher Chefökonom der Weltbank, und die Finanzwissenschaftlerin Linda Bilmes rechneten weit höhere Beträge vor (vgl. isw-Grafik-Report 12, S. 45). Jede weitere Woche Krieg in Afghanistan kostet die USA

**»Selbst wenn man nur einen Zinssatz von fünf Prozent zugrunde legt, dann muss die US-Gesellschaft jährlich knapp zwei Billionen Dollar an Zinsen berappen, 13 Prozent des gesamten BIP. Diese Zinsen fließen quasi als Tribut der gesamten Gesellschaft an die Geldaristokratie.«**

**isw** sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.  
analysen. fakten. argumente.

**isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.**

Im Juni 1990 haben kritische Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen zusammen mit GewerkschafterInnen in München das isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. gegründet. Das isw versteht sich als Wirtschaftsforschungs-Institut, das alternativ zum neoliberalen Mainstream Analysen, Argumente und Fakten für die wissenschaftliche und soziale Auseinandersetzung anbietet. Seine Themen und Forschungen beziehen sich deshalb in besonderem Maß auf die »Bedürfnisse« von Gewerkschaften und von sozialen, ökologischen und Friedensbewegungen. Sein Anspruch ist, Wissenschaft in verständlicher Form darzustellen und anschaulich aufzubereiten. Deshalb sind isw-Ausarbeitungen auch besonders geeignet für Unterricht und Schulungsarbeit und als Grundlage für Referate und Diskussionen.

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-von-Werth-Straße 3  
80639 München  
www.isw-muenchen.de

zwei Mrd. Dollar. Dazu hat die »einzige Supermacht« (Brzezinski) das Geld nicht mehr. Sie ist das Opfer ihres »imperial overstretch«, der imperialistischen Überdehnung ihrer Macht. 750 größere Stützpunkte rund um den Globus, waffenstarrende Flottenpräsenz in allen Weltmeeren und ein Dutzend Kriege in den vergangenen zwanzig Jahren haben die finanzielle und ökonomische Macht der USA ausgezehrt.



Doch eine Kürzung der Militär- und Rüstungsausgaben waren beim Streit von Demokraten und Republikanern um die Einsparziele und Anhebung der Schuldengrenze kein Thema. Im Gegenteil: Präsident Obama erhöhte die Rüstungsausgaben im neuen US-Haushalt um weitere 17 Mrd. Dollar. Unangestastet bleiben auch die von Bush durchgesetzten Steuersenkungen für die Reichen, ein weiterer Quell für die gigantischen Defizite in den US-Etats. Tabu bleibt auch eine Erhöhung der Unternehmenssteuern, wie sie von den Demokraten ursprünglich gefordert wurde.

**»Ein deficit spending mit Konjunktur- und Rettungspaketen wie bei der Krise 2007 bis 2009 wäre bei einer neuerlichen Krise kaum noch darstellbar.«**

Radikale Einschnitte durch Ausgabenkürzungen sind dagegen bei der Sozialversicherung und insbesondere bei den von Obama ausgebauten staatlichen Krankenversicherungen Medicaid (Krankenversicherung für Bedürftige) und Medicare (für Rentner) vorgesehen. Der Haushalts- und Schulden-»kompromiss« zwischen Regierung und Opposition wird die sozialen Spannungen des Landes noch weiter treiben. In den kommenden zehn Jahren sind Einsparungen von bis zu 2,8 Billionen Dollar geplant. Ein Kongress-Ausschuss der zerstrittenen Parteien soll dazu ein konkretes Konzept erarbeiten.

### **Anhebung der Schuldengrenze nur ein Aufschub**

Die Anhebung der Schuldengrenze und die unsozialen Haushalts-Einsparungen bringen aber lediglich einen Aufschub in der US-Schuldenkrise – etwa bis zu den nächsten Wahlen. Da ein konjunktureller Aufschwung nicht in Sicht ist, die Wirtschaft in einem anämischen Zustand verharrt, wird sich in wenigen Monaten das Problem erneut und dann verschärft stellen. Angesichts des wirtschaftlichen Siechtums rechnet eine Reihe von Ökonomen mit einem double dip, einem erneuten Eintauchen in eine Rezession, womöglich gepaart mit einer weiteren Finanzkrise, z.B. in Verbindung mit der Euro-Krise. Anders als bei der vergangenen Finanz- und Weltwirtschaftskrise wäre dann eine staatliche Konjunkturpolitik mit keynesianischem Instrumentarium kaum noch darstellbar. Ein deficit spending mit Konjunktur- und Rettungspaketen wie bei der Krise 2007 bis 2009 hat sich erschöpft. Der Keynesianismus verabschiedete sich gewissermaßen mit einem letzten »Hurra!«. Er hat die kapitalistischen Industrieländer vorübergehend aus der Krise gezogen, um den Preis einer totalen Überschuldung. Eine erneute

Staatsintervention globalen Ausmaßes ist nur um den Preis einer Hyper-Inflation zu haben, verbunden mit der Enteignung der kleinen Sparer, Rentner und anderer, die sich nicht in Sachwerte und Aktien flüchten können.

Kommt noch hinzu, dass die Staatsschulden nicht der einzige Schuldenberg des Landes sind. Ein ganzes Schuldengebirge tut sich auf. Fast die gleiche schwindelerregende Höhe an Schulden haben die Privathaushalte aufgetürmt. Im ersten Quartal 2011 waren es 13,97 Billionen US-Dollar (13.970 Mrd.), mit denen die US-Verbraucher in der Kreide standen, Konsumenten- und Hypotheken-Kredite. Zwei Millionen US-Bürger gehen mit ihren Häusern derzeit durch die Zwangsversteigerung, vier Millionen sind mit der Bedienung der Hypotheken mehr als zwei Monate im Rückstand. Auch die Verbraucherinsolvenzen steigen bei der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit (9,3% offiziell – 15% inoffiziell) rapide an.

Nimmt man Staatsschulden und Privatschulden zusammen, dann steht jeder US-Bürger gewissermaßen mit 95.000 Dollar in der Kreide. Eine gewaltige Hypothek für künftige Generationen. Und klar, dass von den US-Konsumenten keine Impulse mehr für die Weltwirtschaft ausgehen.

### **Schuldentürme versus Schatzkammern**

Bleiben noch die Schulden von Firmen, die in irgendeiner Form – über Preise oder niedrigere Löhne für die Belegschaften – ebenfalls zum größten Teil der Allgemeinheit aufgelastet werden. Nach Angaben der EZB betrugen diese Schulden der Unternehmen (ohne Finanzsektor) Ende 2010 75% des US-BIP, was dann nochmals 11 Billionen (11.000 Mrd.) Dollar Schulden bedeutet. Insgesamt hängt damit der US-Wirtschaft eine Schuldenlast von ca. 39 Billionen (39.000 Mrd.) Dollar am Hals, etwa das 2,7-fache der gesamten Wirtschaftsleistung (BIP) der USA. Selbst wenn man nur einen Zinssatz von fünf Prozent zugrunde legt, dann muss die US-Gesellschaft jährlich knapp zwei Billionen (1.950 Mrd.) Dollar an Zinsen berappen, 13 Prozent des gesamten BIP. Diese Zinsen fließen quasi als Tribut der gesamten Gesellschaft an die Geldaristokratie.



Außer den Schulden wächst in den USA nichts so schnell wie der Geldreichtum, anschaulich demonstriert im World Financial Center in New York

Denn die Wirtschaft der USA besteht nicht nur aus Schuldtürmen, sondern aus ebenso gewaltigen Schatzkammern. Die Geldschätze sind größtenteils das Pendant eben dieser Schulden, sie resultieren daraus, dass andere sich verschulden mussten. Deshalb wächst in den USA außer den Schulden nichts so schnell wie der Geldreichtum. So stieg z.B. das verwaltete Geldvermögen (assets under management: bei den Erhebungen der Boston Consulting Group ein Geldvermögen über 100.000 Dollar) in Nordamerika im Jahr 2010 um 10,4% auf 38,2 Billionen Dollar. Auf die 5,2 Millionen Millionärs-Haushalte (nur Geldvermögen) entfiel davon mehr als die Hälfte. Die Zahl dieser Haushalte stieg um über acht Prozent in 2010. Allein die Investmentfonds verwalten in den USA Vermögen im Wert von 27.600 Mrd. Dollar, mehr als in der restlichen Welt zusammen genommen (27.200 Mrd. Dollar). Die Spaltung der US-Gesellschaft in Arm und Reich wird angesichts dieser Konstellation abgrundtief. Neben den Zinseinkünften sind die Profite der Konzerne ein weiterer Treibsatz für die Geldvermögen. Während die Gesamt-Wirtschaft lahmst, verdienen die 500 größten börsennotierten Unternehmen so viel wie noch nie. Nach Thomson Reuters erzielten sie im zweiten Quartal 2011 ein Gewinnwachstum von 14% gegenüber dem bereits starken Vorjahresquartal. – Amerika wächst nur noch für die Reichen. ■



**Fred Schmid** ist Mitbegründer und Mitarbeiter des isw; Ökonom (Diplom-Kaufmann) und Journalist. Arbeiten über Globalisierung, Transnationale Konzerne, China, Militär-Industrie-Komplex und anderes.

**Franz Hörmann und Otmar Pregetter: Das Ende des Geldes. Wegweiser in eine öko-soziale Gesellschaft. Galila Verlag 2011, 224 Seiten in Hardcover, 21,90 €, SFr 39,50, ISBN: 978 3 902533 333**

»Dieses Buch soll ein Weckruf sein! Zu lange hat die Demokratie, hat die Bevölkerung geschlafen. Zu lange ließen die Menschen die Verwaltung ihres Geldes – sogar seine Erzeugung und Vernichtung – in den Händen von selbsterannten Experten, den Bankern, die sich bei näherer Betrachtung jedoch als ahnungslos, leider oft auch als betrügerisch erweisen.« Mit diesen Worten beginnen Franz Hörmann, Professor am Institut für Revisions-, Treuhand- und Rechnungswesen der

Wirtschaftsuniversität Wien, und Otmar Pregetter, Unternehmensberater und Lehrbeauftragter an mehreren Universitäten und Fachhochschulen, dieses Buch. »Seit Jahrzehnten werden mit den sogenannten Rechts- und Wirtschaftswissenschaften altrömische und mittelalterliche Denkweisen dazu missbraucht, die Bevölkerung zu täuschen und zu unter-

drücken.« Die Autoren bemängeln, dass das Konstrukt unseres Geld- und Finanzsystems – Geldschöpfung durch Verschuldung, doppelte Buchhaltung, Zinseszins etc. – wissenschaftlichen Ansprüchen nicht standhält. Sie entlarven schonungslos Wirtschaftsforscher, Politiker und Topbanker als Nutznießer eines Systems, das Sklavenarbeit rechtlich legitimiert und Geldflüsse durch doppelte Buchungen verschleiert.

Das System ist aber nicht naturgesetzlich, betonen die Autoren. In Demokratien muss die Bevölkerung über Geldsystem und Eigentumsordnung bestimmen. Als Ausweg beschreiben sie gegen Ende den Weg zu einer Gesellschaft nSG (Gesellschaft nach dem Schuldgeldsystem), die Wohlstand für alle bietet. Globale Netzwerke und verteilte Datenbanken stünden bereit, um auch unter uns Menschen »die Schwarmintelligenz endlich zu entfesseln.« Die Informationstechnologie ermögliche es auch, dass das Geldsystem demokratisch erzeugt und den menschlichen Werten untergeordnet werde. Eine internetgestützte Software, welche in Echtzeit über neun Milliarden Konten verwalten könne, soll bereits einsatzfähig sein. Damit könnten sich alle Menschen dieses Planeten mit ihren Bedürfnissen und Leistungen vernetzen.

Zwar sei hier die Anmerkung erlaubt, dass das Buch stellenweise etwas zusammengeschustert wirkt und für eine Wissenschaftskritik nicht genügend fundiert, doch was am Ende für mich zählt: Hörmann und Pregetter haben die bislang vollkommen unterschätzte globale Relevanz der Ideen aus der Tauschring-Bewegung voll und ganz erkannt! Hier eröffnen sich den Kapitalismusküden tatsächlich hoffnungsvolle Perspektiven. Hingewiesen sei auch auf die Website zum Buch: [www.das-ende-des-geldes.at](http://www.das-ende-des-geldes.at)

Beate Bockting

**Adolf Wolf: Vom sanften Tod des Rentiers. Fantastilliarden zur Rettung der Banken und für die Aufrechterhaltung des Systems? ... der nahende Kollaps unserer Geld- und Finanzordnung und die blinden Flecken der Ökonomie ... novum pro 2011, 146 Seiten, 14,90 €, SFr 27,40, ISBN: 978399026249-8**

»Unwissenschaftlich und tendenziös, mit leichter Hand schnell hingeschrieben«, beschreibt Adolf Wolf sein eigenes Büchlein. Ich hatte auch, ehrlich gesagt, keine großen Erwartungen, als ich es in die Hand nahm. Schon der Titel klang so altmodisch, dazu noch zwei lange Untertitel und zu alledem noch die Rentiere auf dem Cover, die ich erst beim zweiten Hinsehen erkannte ... Ernst zu nehmende Lektüre? – Aber dann war ich doch ganz positiv überrascht! Da hat jemand die Welt intuitiv wahrgenommen, intensiv beobachtet und auch eine ganze Menge gelesen. Das Gesammelte, seine interessanten Gedanken und Kommentare dazu, seine Essenzen aus den Theorien ökonomischer Denker hat er im letzten Winter in Buchform gebracht. Wolf kam es vor, »die Angelegenheit dränge und dulde keinen Aufschub mehr.«

Es hat mir gefallen, einen Einblick gewährt zu bekommen, was den Autor über die Jahre interessiert und bewegt hat, in sein Unwohlsein in unserem kapitalistischen Lebensumfeld. In seine Art, das Leben anzugehen als Zweckpessimist, der bei jedem wichtigen Projekt sich eben auch das schlechtest denkbare Szenario vorstellt – um dann zu entscheiden, ob er das Risiko eingehen möchte, und um in der Krise das Richtige zu tun. Politik und Gesellschaft sind in den letzten Jahrzehnten große Risiken eingegangen. Für die jetzige Krise erhofft sich Wolf daher als Ausweg aus der »strukturellen Verantwortungslosigkeit«: »Regionale Initiativen, Tauschringe, Regiogeld etc. werden nicht abgewürgt; es herrscht Konsens, dass diese Ersatzwährungen im Krisenfall wie ein Sicherheitsgurt wirken können. Ressourcen für den schlagartigen Ausbau werden von Gemeinden oder auf Bezirksebene vorrätig gehalten.

Das heißt, jetzt macht man sich schon Gedanken, wie ein Ansturm in solche Systeme zu bewältigen ist und wie der Staat dabei helfen kann.« Und letztendlich wird auch die Berechtigung des altmodischen Buchtitels deutlich, der ja auf John Maynard Keynes zurückgeht. Dieser hatte schon 1936 in seinem Hauptwerk geschrieben, dass eine Reform unserer Geldordnung, die die Haltung von Geld mit »Durchhaltekosten« (carrying-costs) verbindet und den Zins in gesättigten Volkswirtschaften gegen Null sinken lässt, »der vernünftigste Weg (sei), um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden«. Eine solche Reform würde »den sanften Tod des Rentiers bedeuten«. Fazit: Dieses locker zusammengestellte, leicht lesbare Büchlein möchte ich gern weiterempfehlen.

Beate Bockting

**DVD »Regiogeld und Genossenschaftsgedanke – Regionale Wege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise«. 14,95 € (inklusive Versandkosten)**

Der Sterntaler ist als Nachbar-Initiative des Chiemgautals eines der größten Regiogelder im deutschsprachigen Raum. Die RegioSTAR kombiniert unter dem Dach einer Genossenschaft Regiogeld, Tauschring, einen Dorfladen, eine PV-Anlage und Permakultur-Projekte. Im Herbst 2010 hielt der Hauptorganisator Franz Galler einen Vortrag in Dresden. Der gelernte Bankkaufmann war eingeladen, über seine Sicht auf die Finanzkrise und das Projekt zu sprechen, welches er im Berchtesgadener Land vorantreibt. Der Vortrag ist jetzt auf DVD erhältlich. Franz Galler schildert seinen Weg vom Bankmitarbeiter zum Regionalentwickler, beschreibt, wo er die Ursachen der Wirtschaftskrise sieht und wie er versucht, den künftigen Entwicklungen in seiner Region vorzubeugen. Als Bonus trägt die DVD eine Diashow »Zu Besuch beim Sterntaler« sowie den Vortrag »Diese Welt braucht neues Geld«, den INWO-Mitglied Norbert Rost Ende 2010 in Altenburg gehalten hat. Mit dem Kauf der DVD unterstützen Sie die Arbeit von Regionalentwicklung.de, einer werkzeugorientierten Plattform zur Gesellschafts- und Regionalentwicklung. Bestellungen unter: [www.regionalentwicklung.de/angebote](http://www.regionalentwicklung.de/angebote)



# Termine

## Deutschland

■ **Mo., 26. September 2011, 19.30 Uhr,**  
**Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b,**  
**50678 Köln**

### **Ökologisches Grundeinkommen aus der Bodenreform**

Vortrag von Alwine Schreiber-Martens  
Bereits im 19. Jh. hat der Boden- und Sozialreformer Henry George vorgeschlagen, eine Steuer auf den Wert des Bodens zu erheben. So wie die Bodenwertsteuer ein Anreiz für den sparsamen Gebrauch des Bodens wäre und Bodenspekulationen entgegenwirken würde, könnten Steuern auf den Gebrauch anderer Naturressourcen wie Wasser, Atmosphäre, Bodenschätze erhoben werden. Mit einer Pro-Kopf-Rückausschüttung aus dieser Ökosteuer könnte schließlich ein Grundeinkommen für die Bürger finanziert werden. Anschließend Diskussion mit der Kölner Initiative Grundeinkommen e.V.

**Veranstalter:** INWO-Regionalgruppe Köln und Melanchthon-Akademie  
**Kostenbeitrag** 5.-/3.-

■ **Fr.-So., 30. Sept.-2. Oktober 2011, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, Köthen (Sachsen-Anhalt)**

### **Macht, Vorrechte und die Institutionen des Kapitalismus**

GCN-Academy mit dem INWO-Vorsitzenden Dirk Löhner

Das Seminarwochenende besteht aus einer Aktiven-Schulung, die von Global-Change-Now durchgeführt wird, und einem fachlichen Teil, der vom Referenten gestaltet wird. Gemeinschaftsveranstaltung von GCN und INWO

**Infos und Anmeldung unter Tel.: +49 3496 5116935 oder E-Mail: Bundeszentrale@global-change-now.de**

■ **Fr.-So., 30. Sept.-2. Oktober 2011, Berghof Agatharied bei Miesbach (Nähe München)**

### **BundesArbeitsTreffen der Tauschsysteme (BATT)**

Workshopthemata u.a.: Beispiele für die erfolgreiche Umsetzung bisheriger BATT-Ergebnisse, Bessere interne und externe Kommunikation durch vernetzte Verwaltungsprogramme am Beispiel von [www.Tauschen-ohne-Geld.de](http://www.Tauschen-ohne-Geld.de), Beispiele für gelungene überregionale Vernetzung, Tauschringe und Grundeinkommen, Tauschringe und Transition Town Initiativen

**Infos und Anmeldung:** BATT-TR@web.de

■ **Sa., 15. Oktober 2011, Berlin und europaweit Aktionstag zur Schulden- und Währungsunion-Krise**

Aktionstag des europäischen Attac-Netzwerks gegen die aktuelle Kürzungs- und Privatisierungspolitik. Zusätzlich sind Demonstrationen nach Brüssel geplant. Für ein solidarisches Europa. Statt Sozialabbau und Ausverkauf von öffentlichem Eigentum brauchen wir eine radikale Umverteilung des Reichtums und eine Erhöhung staatlicher Einnahmen. Vermögen, Unternehmen und Banken müssen endlich angemessen besteuert, Steueroasen geschlossen werden. Staatsschulden sind in einem transparenten zivilgesellschaftlichen Verfahren zu überprüfen, illegitime Schulden abzuerkennen. Deutschland plant für den 15. Oktober in Berlin eine öffentliche Anhörung zur Krise.

**Weitere Infos:**  
<http://www.attac.de/aktuell/eurokrise>

■ **Fr.-So., 21.-23. Oktober 2011, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, Köthen (Sachsen-Anhalt)**

### **Wir brauchen eine neue Wirtschaftsordnung**

GCN-Academy mit Andreas Bangemann  
**Infos und Anmeldung unter Tel.: +49 3496 5116935 oder E-Mail: Bundeszentrale@global-change-now.de**

■ **Sa.-So., 29.-30. Oktober 2011, Reinhardswaldschule in Fulda bei Kassel**

### **»Energiewende – wohin?« 49. Mündener Gespräche**

Wir stehen vor der Notwendigkeit einer nicht mehr von Interessen geleiteten Energiewende. Im Anschluss an Bestandsaufnahmen der bisherigen Energiepolitik soll es bei dieser Tagung zum einen um ordnungspolitische Leitlinien für eine Energiewende gehen, zum anderen um konkrete praktische Schritte in die Richtung einer dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien, die beispielhaft von Energiegenossenschaften und von der Bewegung der sog. Transition Towns unternommen werden.

**Nähere Einzelheiten und Anmeldeformular unter:** [www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de](http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de) bzw. [www.muendener-gespraech.de](http://www.muendener-gespraech.de)

■ **Fr.-So., 4.-6. November 2011, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, Köthen (Sachsen-Anhalt)**

### **Die irrationale Herrschaft des Geldes über Arbeit, Mensch und Natur**

GCN-Academy mit Heiko Kastner  
**Infos und Anmeldung unter Tel.: +49 3496 5116935 oder E-Mail: Bundeszentrale@global-change-now.de**

■ **Di., 8. November 2011, 19.30 Uhr, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, 50678 Köln**

### **Wir brauchen eine neue Wirtschaftsordnung**

Vortrag von Andreas Bangemann  
Schulden und Vermögen – zwei Seiten derselben Medaille. Andreas Bangemann, Redakteur der Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT, plädiert dafür, über eine von Grund auf neue Wirtschaftsordnung nachzudenken. Diese sollte sich zu allererst vom zinsbedingten Zwang zum Wachstum verabschieden. Der Referent zeigt den Zusammenhang zwischen dem explosionsartigen Wachstum von Schulden und Vermögen auf, weist auf die systembedingten Ursachen von Konjunkturkrisen und Arbeitslosigkeit hin und stellt einen plausiblen Ausweg vor.

**Veranstalter:** INWO-Regionalgruppe Köln und Melanchthon-Akademie  
**Kostenbeitrag** 5.-/3.-

■ **Fr.-So., 11.-13. November 2011, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, Köthen (Sachsen-Anhalt)**

### **»Die Währung ist stabil und sicher« – oder nicht?**

GCN-Academy mit INWO-Vorstandsmitglied Klaus Willemsen

Das Seminarwochenende besteht aus einer Aktiven-Schulung, die von Global-Change-Now durchgeführt wird, und einem fachlichen Teil, der vom Referenten gestaltet wird.

Gemeinschaftsveranstaltung von GCN und INWO

**Infos und Anmeldung unter Tel.: +49 3496 5116935 oder E-Mail: Bundeszentrale@global-change-now.de**

■ **Fr.-So., 17.-19. November 2011, Jugendherberge Wuppertal**

### **INWO- Aktiventreffen**

**Infos und Anmeldung bei Klaus Willemsen, Fairconomy Büro, Tel.: 0211 304105, E-Mail: klaus-popp@arcor.de**

■ **Fr.-So., 2.-4. Dezember 2011, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, Köthen (Sachsen-Anhalt)**

### **Ökologisches Grundeinkommen aus der Bodenreform**

GCN-Academy mit Alwine Schreiber-Martens  
Das Seminarwochenende besteht aus einer Aktiven-Schulung, die von Global-Change-Now durchgeführt wird, und einem fachlichen Teil, der von der Referentin gestaltet wird. Gemeinschaftsveranstaltung von GCN und INWO

**Infos und Anmeldung unter Tel.: +49 3496 5116935 oder E-Mail: Bundeszentrale@global-change-now.de**





# Mitgliedsantrag

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Alter, Beruf

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

**INWO e.V. Versand**  
**Wüstefeld 6**  
**36199 Rotenburg**

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

☐ Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).

☐ Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).

☐ Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich \_\_\_\_\_ €.

☐ Ich spende zusätzlich einmalig \_\_\_\_\_ €.

☐ Ich wünsche jährlich eine Spendenbescheinigung.

Ort, Datum

Unterschrift

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im März für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

bei der \_\_\_\_\_

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

## Bestellformular

☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.

☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.

☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf. Meine E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Nettopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.



## Fairconomy- Rettungsschirm

Griechenland-Hilfe, Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM, Europäische Finanzstabilisierungsfazilität EFSF ... mit diesen »Rettungsschirmen« wird ein in sich instabiles System »stabilisiert«. Statt den Zinsfluss von Arm nach Reich einzudämmen, bleibt »ein leiser, monotoner Tropfenhall, ... die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln in die Kapitalien, welche beständig anschwellen« (Heinrich Heine).

Unser FAIRCONOMY-Schirm – der einzige Rettungsschirm, der Sie nicht im Regen stehen lässt! Aufschrift: »Rettungsschirm für alle« und »Fairconomy«

**Preis: 15 €, zzgl. Versand**

**Helmut Creutz**

## Das Geldsyndrom

Das Standardwerk von Helmut Creutz in der überarbeiteten Taschenbuchausgabe.

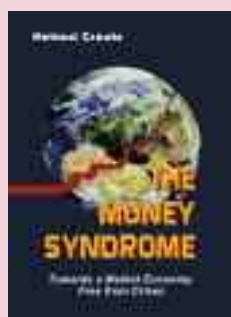


Spannend aufgearbeitete Fakten zum Zustand unserer Gesellschaft und über die monetären Ursachen wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Fehlentwicklungen. Helmut Creutz beleuchtet den Teil des Geschehens, der von Ökonomen und Politikern gerne übergangen wird. Besonders anschaulich werden die Analysen des Autors durch das von ihm grafisch aufbereitete statistische Material der Deutschen Bundesbank und des Statistischen Bundesamtes.

**Druck & Verlagshaus Mainz/Wissenschaftsverlag Aachen 2003, 628 Seiten, Preis: 16.80 €**

**Helmut Creutz**

## The Money Syndrome



Neben der englischen Ausgabe von »Das Geld-Syndrom«, die in Indien bereits gedruckt vorliegt, hat nun auch ein Brite, Adeolu Alao, eine Ausgabe auf der Basis von Books-on-Demand herausgebracht.

Weitere englischsprachige Informationen über das Buch finden Sie auf der Webseite [www.TheMoneySyndrome.org](http://www.TheMoneySyndrome.org). Auch dort gibt es einen Link zu dem englischen Verlag, bei dem das Buch direkt bestellt werden kann: [www.fast-print.net/bookshop/644/the-money-syndrome](http://www.fast-print.net/bookshop/644/the-money-syndrome)

**Bestellungen bitte direkt an: Fast Print Publishing, Preis: £ 12.97 (zuzüglich Versandkosten)**

**Dirk Lühr**

## Die Plünderung der Erde – Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik

Die Zerstörung der Natur und die Zerstörung von Menschenleben: Beides hängt eng miteinander zusammen; das Vernichtungswerk hat System.

Unter dem ideologischen Deckmantel der Effizienz wird aktuell ein brutaler wie methodischer Raubzug gegen Mensch und Natur geführt. Der dabei von den Privatisierungsgurus und den Rendite-Junkies in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vorgelegte Plan ist nicht die behauptete Lösung, sondern der Kern des Problems: Er fördert umfassende Exklusionsrechte an nicht vermehrbaren Ressourcen einerseits und den Tanz um das Rentabilitätsprinzip andererseits.

**Verlag für Sozialökonomie, Kiel, 2. überarb. und erweiterte Auflage 2009, 486 S., Pb., zahlr. Abbildungen und Tabellen, Preis: 34.00 €**



**Hans Strung**

## Friede auf dem Erdboden

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts setzt sich der Freidenker Hans Traugott Strung intensiv mit gesellschaftlichen Themen auseinander. Dabei stößt er auch auf die Visionen des Sozialreformers Silvio Gesell. Im thüringischen Wald lebend schreibt der 1899 in Berlin geborene Fotograf seine Gedanken über eine bessere Welt in zwei Büchern nieder, die er 1958 heimlich im Westen drucken lassen will. Doch die Stasi beschlagnahmt die Manuskripte als »staatsfeindliche Hetze« und bringt Strung hinter Gitter. Erst 2009 bekommt seine Familie die Manuskripte von der Stasiunterlagenbehörde zurück und veröffentlicht sie posthum.

**Selbstverlag 2011, 179 Seiten, Preis: 19.95 €**



Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02, E-Mail: [Versand@INWO.de](mailto:Versand@INWO.de) oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.